

# 2. Tag der Freien Berufe

*Freie Berufe in Thüringen*

*– Standortperspektive*

*bis 2020*



<b>Einleitung</b> . . . . .	4
Dr. med. Wolf-D. Höpker <i>Präsident des Landesverbandes der Freien Berufe Thüringen e.V.</i>	
<b>Die demografische Entwicklung Deutschlands – speziell Thüringens – bis 2020 und deren sozioökonomischen Auswirkungen</b> . . . . .	7
Professor Dr. Josef Schmid <i>Ordinarius, Lehrstuhl Bevölkerungswissenschaften Otto-Friedrich-Universität Bamberg</i>	
<b>Wirtschaftliche Rahmenbedingungen der kommenden zwei Jahrzehnte für Freie Berufe bis 2020 – Aufgaben von Politik und Gesellschaft</b> . . . . .	19
Professor Dr. Peter Sedlacek <i>Friedrich-Schiller-Universität Jena</i>	
<b>Standortbestimmung der Landes- und Kommunalpolitik – Prognosen für die Entwicklung in den Städten u. Gemeinden</b> . . . . .	35
Professor Dr. Dieter Hassenpflug <i>Bauhaus-Universität Weimar</i>	
<b>Podiumsgespräch</b> . . . . .	47
<b>Für ein auf Kinder orientiertes System</b> . . . . .	77
Cornelia Pieper <i>MdB und Generalsekretärin der F.D.P.</i>	
<b>Politik und Wirtschaft gemeinsam gefragt</b> . . . . .	81
Dieter Althaus <i>Vorsitzender der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag</i>	
<b>Forderungen der Thüringer Freiberufler an die Politik</b> . . . . .	87
<b>Impressum</b> . . . . .	91

## **Unser Dank**

gilt dem Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen, Herrn Dr. Bernhard Vogel, für die Übernahme der Schirmherrschaft über den 2. Tag der Freien Berufe und dem Verlag »Frankfurter Allgemeine Zeitung« für die tatkräftige Partnerschaft.



# 2. Tag der Freien Berufe

*Freie Berufe in Thüringen*

*– Standortperspektive*

*bis 2020*

Erfurt, 5. Dezember 2001

Redigierte Mitschrift der Beiträge

# Einleitung

## **Sehr verehrte Damen und Herren,**

das Thema „Freie Berufe in Thüringen – Standortperspektive bis 2020“ greift natürlich direkt eines der spannendsten Themen unserer Zeit auf, nämlich die vielschichtigen Probleme als Folge der demografischen Entwicklung in Deutschland und speziell in Thüringen als Beispiel für die neuen Bundesländer. Das Thema gewinnt unserer Auffassung nach an Brisanz und verlangt eine noch dringlichere Bearbeitung, da davon auszugehen ist, dass manche Prognosen und Szenarien, abgesehen von den bekannten Leuchtturmregionen und dem Berliner Raum, in Ostdeutschland flächendeckend möglicherweise sehr viel eher Realität werden können. So jedenfalls unser Eindruck aus den Literaturrecherchen.

Der konjunkturelle Abschwung, die inzwischen amtlich festgestellte Rezession in Gesamtdeutschland verstärken natürlich den Ost-West-Unterschied noch mehr. Daran ändern meiner Auffassung nach auch die gegenteiligen Sichtweisen der Herren Schwanitz, Eichel und anderer nichts. Wo sind die intelligenten Lösungsansätze, welches sind die Gegenstrategien angesichts dieser Entwicklungen? Das ist der eigentliche Grund, weshalb die Thüringer Freiberufler dieses Thema öffentlich mit ausgewiesenen Experten, Politikern und anderen debattieren möchten. Es geht um unsere perspektivischen Rahmenbedingungen. Worauf haben wir uns bei der freien Berufsausübung als Anwälte, Notare, Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Psychologen, Physiotherapeuten, Unternehmensberater, Steuerberater, Ingenieure, Architekten, Journalisten und Künstler einzurichten? Natürlich gibt es hierbei auch starke Analogien zu anderen Mittelständlern.

Seit unseren ersten Recherchen in der wissenschaftlichen Literatur und der Publizistik ist die enorme Häufigkeitszunahme von Arbeiten zum Thema innerhalb der letzten 12 Monate aufgefallen. Allein heute habe ich in einer landesweiten Zeitung mindestens drei Artikel, die dieses Thema tangieren, feststellen können. Für die Prognostiker in den einzelnen Bereichen haben die Glocken schon seit langem geläutet, die sogenannte Bruchzeit hat eigentlich schon begonnen. Natürlich gab es besondere öffentliche Aufmerksamkeit im Zusammenhang mit dem Dohnanyi-Papier, der Thierse-Kritik, der journalistischen Begleitung der Kanzler-Sommer-Ostreisen oder zuletzt mit den Vorschlägen von Altkanzler Helmut Schmidt.

Wir sahen uns also durchaus bestätigt, was die Auswahl des Themas anbelangt. Nicht wenige Wirtschaftswissenschaftler meinen, dass der ausbleibende Aufschwung, die lahrende Konjunktur in Deutschland zwangsläufig etwas mit der Entwicklung in Ostdeutschland zu tun hat und nicht nur Folge der ausgebliebenen Reformen der Sozialsysteme, des Steuerrechts, der Arbeitsmarkt-, Arbeitsrechtspolitik oder so der mangelhaften Zurücknahme des Staates ist. Aus manchen Wirtschaftsinstituten ist zu vernehmen, dass die Dinge in Ostdeutschland in Ordnung gebracht werden müssen, wenn die gesamtstaatliche Konjunktur dauerhaft das notwendige Niveau erreichen soll. Es erhebt sich also die Frage an die Politik, an die bundesdeutsche Gesellschaft, nehmen wir dieses Problem als solches an, akzeptieren wir dabei die ostdeutsche Facette? Wenn ja, welche Instrumente gibt es, wie dringlich sind die Maßnahmen? Und sind sie, wenn sie denn als notwendig erachtet werden, auch durchsetzbar?

Oder ist die Aufregung mit der Darstellung von Schreckensszenarien völlig deplaziert, weil man der Meinung sein könnte, die Angleichung der Lebensverhältnisse über das gesamte Bundesgebiet sei eine Illusion bzw. ein sehr sehr langwieriger Strukturprozess, womit man sich abzufinden habe? Es gibt auch die Meinung, Deutschland überlebt auch mit 65 Millionen oder weniger, lediglich der Generationsvertrag müsste ersetzt werden und man müsste lediglich damit rechnen, dass die Belegung von Kinderkliniken, Tagesstätten und dass die Besetzung von Schulen und Universitäten sich ändern würde.

Dass sich nicht alle Prognosen bewahrheiten, ist sicherlich richtig, dass es auch auftragsbezogene Prognosen gibt, wissen wir. Aber bei den Prognosen der Demografiker ist die Zielgenauigkeit allerdings doch etwas höher einzuschätzen. Die Thüringer Freiberufler werden sich heute in der Eigenprognose versuchen. Lassen Sie uns deshalb nach einer Analyse der Gegebenheiten in Deutschland und in Thüringen über die Notwendigkeiten sprechen und, wenn möglich, einige Fakten festhalten.

Bei meinen Literaturlausflügen bin ich auf ein Zitat von Karl Friedrich von Weizsäcker gestoßen. Er hat in seinen Prognosen unter anderem gesagt, er meint seine eigenen Prognosen: „Ohne den Schrecken denkt man nicht über die richtigen Fragen nach.“ Ich wünsche

uns, dass wir am Ende des Symposiums unter dem Eindruck der Vorträge und der Diskussion bekannte Vorschläge bestätigen können, neue erarbeitet haben werden und die politisch Verantwortlichen in ihrem Gespür für diese Probleme noch mehr sensibilisiert haben werden.

**Sehr verehrte Damen und Herren,**

vielleicht ist es doch nicht so wie Wissenschaftler beklagen, dass die Politiker beratungsresistent sind und sich nur dann auf wissenschaftliche Erkenntnisse einlassen, wenn es ihnen genehm ist. Vielleicht ist es auch nicht so, wie Politiker behaupten, dass die Wissenschaftler ihre Forschungsergebnisse in eine wenig verständliche Sprache formulieren und nicht realitätsbezogen genug untersuchen. Versuchen wir heute einen Brückenschlag. Ich wünsche uns jedenfalls eine interessante Veranstaltung mit kurzweiligem Verlauf, bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

*Dr. med. Wolf-D. Höpker  
Präsident  
des Landesverbandes der Freien Berufe Thüringen e.V.*

Die demografische Entwicklung Deutschlands  
– speziell Thüringens – bis 2020  
und deren sozioökonomischen Auswirkungen

Referent Professor Dr. Josef Schmid  
*Ordinarius, Lehrstuhl Bevölkerungswissenschaften  
Otto-Friedrich-Universität Bamberg*

## Meine Damen und Herren,

sie haben mich zu einem Thema gebeten, das sicher kein rosiges Bild von der Bevölkerungssituation Deutschlands und vor allen Dingen des Ostens bieten kann. Aber nichts desto weniger ist es eine Herausforderung das, was unsere Befunde sind, so zu formulieren und so in die Politikberatung eingehen zu lassen, dass daraus tatsächlich Auswege, Perspektiven sichtbar werden für die, wie wir sie nennen, demografische Krise im Osten und darüber hinaus das DEMOGRAFISCHE DILEMMA der gesamten deutschen Bevölkerung. Sie wissen, worin es eigentlich besteht. Eingebrochene Jugendjahrgänge verschlanken unsere Alterspyramide, machen aus der Pyramide eine zerzauste saure Tanne mit starkem Alterskopf, Schwellkopf in den oberen alten Jahrgängen, machen unsere Pyramide zum Koloss auf tönernen Füßen, der eigentlich der Schrecken des Sozialpolitikers ist.

Nun, lassen Sie mich gleich zum Begriff des demografischen Dilemmas überhaupt etwas sagen, das heißt, dass wir momentan eine Generation lang ein Nachwuchsniveau, ein Geburtenniveau haben, das ein ganzes Drittel unter dem der Generationen der Eltern liegt. Das heißt, wir haben inzwischen nicht nur einige geburtenschwache Jahrgänge, sondern bereits eine geburtenschwache volle Generation, die nun seit 1972 dabei ist, in den ersten Jahrgängen selbst in die Elternschaft einzurücken. Wenn nun Geburtenschwache ihrerseits Eltern werden und sich nicht wesentlich anders entscheiden mit ihren Nachwuchsentscheidungen, dem generativen Verhalten, wie wir sagen, dann fällt sozusagen die Gesamtpopulation beim fortschreitenden Alterungsprozess auf eine neue Treppe herab, nennen wir es mal so.

Das ist das, was wir fortgesetzt eigentlich fürchten und DEMOGRAFISCHE IMPLOSION nennen. Das ist das Gegenteil dessen, was wir in Afrika und Indien vorstellen, nämlich unter Bevölkerungsexplosion. Dort verdoppeln und verdreifachen sich die Elternjahrgänge in der nächsten Generation, bei uns sozusagen schwinden sie jeweils um ein Drittel. Dilemma heißt es deswegen, weil diese Bevölkerungsabnahme, diese Schrumpfung, automatisch einer gesetzten Alterspyramide mit einer Alterung der Bevölkerung zusammenhängt und wir gesundheitlich, sanitär mit Alterskrankheiten immer besser fertig werden. Die Langlebigkeit ist inzwischen ein Gut, nachdem die Menschheit jahrhundert-, jahrtausendlang strebte. Wir sind die ersten, die, gemessen an unseren Vorfahren, ja eigentlich in den Genuss eines überlangen Lebens kommen.

Das enthebt uns allerdings nicht von der Pflicht, nachdem wir einen Sozialstaat, eine Solidargemeinschaft entwickelt haben, darüber nachzudenken, womit wir denn steigende Altenjahrgänge kompensieren sollen. Geht es mit Jugend, geht es mit Produktivität, geht es mit sonstigen finanziellen Transfers?. Und Dilemma heißt, dass wir kein Patentrezept, keine Stellschrauben – wie man sagt – haben, um uns aus dieser Doppelbewegung, nämlich schrumpfende Jugendjahrgänge und gleichzeitig Alterung, zu befreien, denn selbst die Zuwanderung – wie Sie wissen – ist inzwischen ein äußerst umstrittenes Gebiet geworden – Gott sei Dank muss man sagen. Die Stimmen, die meinen, wir können die Dritte Welt oder wir können geburtenstarke Länder als unsere industrielle oder sozialpolitische Reservearmee einsetzen, hat sich inzwischen doch als sozial nicht haltbar, nicht sozialverträglich, am Arbeitsmarkt nicht verträglich erwiesen und ist in neuester Zeit in der Diskussion auch als politisch gefährlich, wie man weiß. Also nachdem hier sozusagen der Ausweg nicht einfach sichtbar ist, spreche ich vom Dilemma, und es passt genau in das Zitat, das eben Herr Höpker gebracht hat von Herrn von Weizsäcker, der gesagt hat, Katastrophenszenarien sind eigentlich dazu da, uns aufzurütteln und nicht, um sich auf sie einzustellen. Das ist schon Mal der Grund. Sebastian Haffner hat schon einmal gesagt, man macht schon einen Krieg dadurch wahrscheinlich, indem man sich allzu sehr auf ihn einstellt.

Also, unsere Prognosen sind dazu da, Abwehrkräfte in der Gesellschaft zu entwickeln. Also es heißt, wir verbreiten eigentlich nicht Pessimismus, sondern wir rütteln eigentlich auf. Wenn man mich fragt, als was ich mich verstehe, so möchte ich sagen: aktiver Pessimist. Das heißt also, der Pessimismus, der dazu dient, sich auf die eigenen Kräfte zu besinnen, Verschlackungen zu beseitigen und zu Ressourcen – auch zu unentdeckten, geistigen und spirituellen Ressourcen –, die eine Hochtechnologiegesellschaft braucht, zu greifen. Das kann ich gleich vorweg sagen.

Nun lassen Sie mich Ihnen ein Bild zeigen, ich glaube, dass bei manchen von Ihnen ich vielleicht schon Gewusstes vortrage. Nun, Sie sehen ganz kurz unsere Entwicklung, ich kann das kurz machen: Die blaue Pyramide zu Kaisers Zeiten, sie sieht so aus wie heute die indische, das heißt die Hälfte der Bevölkerung ist unter 18 Jahre, der Altenanteil beträgt nur ca. 3 bis 5 Prozent. Inzwischen ist es umgekehrt, wir haben etwas unter 20 Prozent, junge Menschen bis 20 und inzwischen 15 Prozent über 60. Sie sehen daneben die Alterspyramide, mit der Deutschland aus dem 2. Weltkrieg herausgekommen ist, stark der Einbruch aus dem 1. Weltkrieg, zweiter Einbruch Welt-

wirtschaftskrise und dann Geburtenausfälle am Ende des 2. Weltkrieges. Wenn Sie bei Alterspyramiden Einbrüche sehen, so sind das nicht die Kriegstoten, sondern die Geburtenausfälle auf Grund verschobener Heiraten, auf Grund verschobener Geburtenwünsche.

Das ist unsere derzeitige Alterspyramide, die aktuelle 1999. Und Sie sehen hier folgendes: Wie wir hier rausgekommen sind und hier den sogenannten Babyboom haben. Babyboom ist in dieser Weise auch problematisch, weil er sich sozusagen wie das Kaninchen durch den Schlangenhals quält und sozusagen durch die Institutionen schiebt. Es ist die Generation, die sich hier überall auf die Zehen steigt, in den Ausbildungsplätzen, in den Universitäten, in den Arbeitsmärkten usw. Und dann kommt heraus: sozusagen bis zum Jahre 2030 hin wird das prekärste Verhältnis zwischen geburtenschwachen Arbeitenden und stärksten Bevölkerungsjahrgängen im Rentenalter sein.

DAS JAHR 2030 IST EIGENTLICH DAS ANGSTALTER DER DEUTSCHEN SOZIALPOLITIK. Das ist etwas, was im Großen und Ganzen eigentlich schon seit 25 Jahren bekannt ist, interessanterweise. Und es stimmt, dass die Politik hier nicht hinhören wollte, denn der 4-Jahres-Rhythmus der Legislaturperioden und der Terminkalender der Politik übertragen oft die Dinge nicht, die darüber hinaus gehen.

Ich kann mich noch erinnern, ich war damals noch Dozent, Assistent, und da haben wir auf Grund einer Anfrage der CDU/CSU-Opposition 1976 die ersten Prognosen erstellen lassen. Die haben in etwa das heutige Bild gezeigt, auch diese künftige Situation. Der damalige Innenminister Mayhofer, der hatte gerade damals mit Terroristen zu tun, und der hat gesagt: „Kommen Sie bitte dem Innenminister nicht mit dem Jahr 2030, er weiß nicht, wie er die nächste Woche überstehen soll.“ Das sind Dinge, die man heute humorvoll erzählen kann. Aber Sie wissen, die Mühlen der Demografie mahlen sehr langsam aber fein, unaufhörlich, es kommt und kommt.

Auch wenn man sie wegschiebt, sie lassen sich nicht wegschieben. Einmal sind sie da und lassen sich nun nicht mehr als Thema wegbringen. Wenn das beibehalten wird und wenn das kommt, wie ich sagte, dass die heranwachsende Generation diese geburtenschwachen Jahrgänge wiederum geburtenschwach in die Welt setzen, dann wird das so werden, dass wir eine Verstängelung der Alterspyramide haben. Hier sozusagen nehmen Geburtenjahrgänge immer mehr ab, und hier steigt wahrscheinlich das Alter und macht dann aus der Pyramide eine Art Champignon. Das ist die Situation, der wir uns gegenüber sehen.

Und lassen Sie mich gleich auf die deutsche Geburtenentwicklung in West und Ost zu sprechen kommen. Wir hatten einst, in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, durchschnittlich auf tausend Frauen zwischen 2.000 und 2.500 Geburten gehabt. Und das hatte ausgereicht, um die Elterngeneration zu ersetzen. Und um die Elterngeneration zu ersetzen, müssen zwei Kinder geboren werden, es muss Mutter und Vater ersetzt werden. Deshalb ist es nicht so, dass alleinerziehende Mütter zum Beispiel nur ein Kind brauchen, sie bräuchten auch zwei.

Wohl zum letzten Mal in den 20er Jahren, da hatten wir noch den vollen Generationenersatz, und dann kam dieser eigenartige Geburtenabschwung, den wir PILLENKNICK nennen. Eine andere Generation mit neuen Lebensentscheidungen hat zu diesem starken Geburteneinbruch geführt. Dies ist der stärkste Geburteneinbruch der Weltgeschichte, nämlich von über 1 Million Geborene in Westdeutschland auf nur 750.000, und das in nur sechs Jahren. Man hatte sich nicht vorstellen können, dass es dies gibt. In Zeiten, in denen man sagt, die demografischen Zyklen sind langfristig, da gibt es immer wieder noch Kompensationen, und wer weiß, ob man auf so etwas überhaupt achten muss, die Zeiten sind jedoch längst vorbei.

In West und Ost gab es die gleiche Entwicklung, in der DDR damals die Familienpolitik mit dem Parteitag der SED 1974, wir bezeichnen also das, was der West- bzw. Pillenknick ist, im Osten, griffig gesagt, als den HONECKER-BUCKEL. Und Sie sehen, wie der Osten dann mit dem westdeutschen germanischen Nibelungenhort, dem Gold in Berührung kommt, sozusagen dann auch dieselbe Entwicklung, der diesen Abfall verursachte. Gründe kennen Sie sicher, es ist irgendwie auch der Verlust der Lebenssicherheit, natürlich auf Grund einer unhaltbaren Ökonomie, einer sozialistischen Ökonomie, einer praktisch Gelddruckökonomie, einer unechten, aber immerhin ein Verlust der Lebenssicherheit, der Beschäftigungs- und Berufssicherheit und vor allen Dingen ein Verlust der Infrastruktur, der mütterlichen wie man sagt: Kinderhort, Kindergärten usw., die plötzlich Geld kosten. Dabei ist die Ausstattung übrigens im Osten, wie eine Untersuchung in der Süddeutschen Zeitung gestern gezeigt hat, immer noch größer als im Westen. Das unterscheidet uns ganz stark von unseren westlichen, europäischen und nordischen Nachbarstaaten, die eine ganz andere Entwicklung genommen haben und immer schon früher auf die Vereinbarkeit von Frauenarbeit und Mutterschaft gesetzt haben. Also das ist momentan unsere Entwicklung.

Aus diesem GEBURTENTAL, es ist in der modernen Welt eigentlich das tiefste überhaupt gewesen und wurde international diskutiert,

versuchen sich nun die neuen Länder langsam herauszuwinden. Man denkt, dass sich das so bis zum Jahr 2010 – unterhalb des Ersatzniveaus – dann einpendelt, das ist eine Prognose. Die Geburtenentwicklung ist für uns die unsicherste.

Die WANDERUNGSPROGNOSEN sind unsicher, weil sie so stark von der Politik abhängen und Weltpolitik. Das, was sich ein Innenminister durchzusetzen traut, das ist dann immer sehr unterschiedlich. Da können die Demografen nichts dafür, aber die Fertilitätsprognosen wie wir sagen, also Fruchtbarkeitsprognosen, Geburtsprognosen, sind einigermaßen sicher, weil wir wissen, dass es ja zäh ist, dass es ja dauert. Selbst dann, wenn eine geburtenförderliche Familienpolitik eingeleitet würde, dauerte es 20 Jahre, bis die Früchte daraus reifen. Das heißt, man hätte vor 20 Jahren eigentlich schon damit beginnen müssen diesen Einbruch hier zu verhindern.

Nun einige Bemerkungen zur Alterung: Ich möchte hier nur erwähnen, dass wir ca. bis zum Jahr 2030 EIN DRITTEL DER BEVÖLKERUNG ÜBER 60 JAHRE haben werden. Der Alterungsprozess schreitet fort, so dass wir im Jahr 2050 EIN DRITTEL DER BEVÖLKERUNG ÜBER 65 haben werden. Unsere derzeitige Bevölkerungsbilanz sieht folgendermaßen aus, und das ist die neueste, ich habe sie ergänzen lassen: Unsere Bevölkerungsbilanz, also die Abgleichung der natürlichen Bevölkerungsbewegung – Geburten- und Sterbewerte – zeigt uns einen Sterbewertüberschuss, relativ konstant. Da sind 13 Prozent, Kinder ausländischer Eltern mit einbezogen. Und dieser Sterbeüberschuss, diese Negativbilanz der natürlichen Bevölkerungsbildung aus Geburten- und Sterbefällen wird deutlich kompensiert, überkompensiert durch ZUWANDERUNGSÜBERSCHÜSSE. Die waren natürlich um die Zeit des Mauerfalls sehr hoch. Nach Änderung des Asylartikels 116a (Drittstaatenregelung) sind sie deutlich zurückgegangen. In den Rückschickjahren der Bosnienflüchtlinge, sogar einmal minus, wird es sich voraussichtlich auf einen Wert zwischen 100.000 und 150.000 einpendeln. Jedenfalls hängt es wiederum von der weltpolitischen Entwicklungen ab, wie das Zuwanderungsgesetz, auf das wir seit Monaten warten, denn endgültig aussehen wird. Vor allen Dingen stellt sich die Frage, wie dann die Zuwanderung überhaupt aussehen wird, das Verhältnis zwischen humanitärer Aufnahme von Menschen, die nicht oder nur teilweise in den Arbeitsprozess gehen, und tatsächlich gewünschter Einwanderung – etwa das, was Einwanderungsländer wollen und suchen, nämlich unmittelbare Arbeitskräfte, die in Arbeitsmarktlücken eintreten (Green card -Debatte usw.). Aber diese beiden Dinge stoßen sich noch in unserer Politik, vor allem in der Innenpolitik. Der Anteil humanitärer Menschenaufnahme ist so groß,

dass wir bisher nicht wissen, wie wir zusätzlich sozusagen noch arbeitsmarktfähige Zuwanderer einwerten sollen. Das ist in etwa die Situation, die wir momentan vorfinden.

Nun zur Prognose. Wir haben 1990 im Sommer eine Prognose koordiniert. Weil alle Ressorts dreinreden dürfen, darum heißt sie KOORDINIERTER BEVÖLKERUNGSVORAUSSCHÄTZUNG. Hier ist folgendes zu sagen: Wir haben inzwischen etwas über 82 Millionen Einwohner, und falls wir überhaupt keine Zuwanderung haben, werden wir zwischen 2040 und 2050 auf ca. 60 Millionen absinken, zwischen 60 und 62 Millionen. Aber das ist sowieso illusorisch, wir werden mit größerer Zuwanderung von etwa 100.000 jährlich – das ist etwas zu wenig – auf ca. 70 Millionen landen und mit 200.000 WANDERUNGSSALDO jährlich, das ist auch realistischer, dann auf ca. 74–75 Millionen einpegeln, dann etwa 7 bis 8 Millionen Menschen bis dahin verlieren.

Allerdings wird dann die Zusammensetzung eine andere sein. Ein Drittel der Bevölkerung wird sozusagen aus dem Ausland zugezogen sein, trotz dieses neuen Staatsbürgerschaftsgesetzes. Es werden dann auch Kinder ausländischer Eltern da sein, und die Frage stellt sich, was mit ihnen geschieht. Werden sie in einer strikten Integrationspolitik, die unseren Arbeitsvorstellungen entspricht, erzogen oder nicht? Oder bestehen sie zum Großteil aus einer fürsorgeberechtigten HUMANITÄREN EINWANDERUNGSGRUPPE, befinden sie sich etwa auf der Flucht? Das wird sehr entscheidend sein. Also man geht inzwischen auf die innere Zusammensetzung und auf die Merkmale zwischen Ausländern über und sagt nicht mehr Ausländer. Jung ist eine Bedingung, ausgebildet wäre eine Bedingung und vor allem wünschenswert, wenn vielleicht sogar beide Ehepartner ausgebildet wären, was noch besser wäre. Wenn sie mehr als zwei Kinder hätten, wäre es optimal. Sie sehen schon, dass so die Möglichkeit, das uns fehlende Kind einwandern zu lassen, schon sehr gering ist. Die Erwerbsbevölkerung zwischen 20 und 60 nimmt dann ab dem Jahr 2030/2040 deutlich ab, wo sich dieser DEMOGRAFISCHE IMPLOSIONSPROZESS allmählich bemerkbar macht und in der Gruppe der über 60-Jährigen gewaltig ansteigt. Das ist im Prinzip der rasanteste Anstieg überhaupt. Eine Problematik, die Sie gleich sehen werden und die wahrscheinlich hier auch im Land eine Rolle spielt. Es ist die Verteilung der Altersgruppen.

Man sollte also ja nicht nur auf die Gesamtzahl der Menschen sehen - das ist vielleicht das Uninteressanteste - sondern auf die innere Zusammensetzung. Wie viele Jugendliche haben wir in welchen Ausbildungsjahrgängen? Die sich anschließenden Fragen: Wie

setzen sich die Ausländer zusammen? Wer sind sie und wie werden sie integrationspolitisch angepasst?

Sie sehen hier leider Gottes einen drastischen Rückgang der unter 20-Jährigen von 14–17,5 Millionen auf 11 Millionen. Es ist dann jetzt eher eine Frage an die Wirtschaftsführer, wie sie glauben, wie man eine Hochtechnologiegesellschaft, die ja nicht nur Genies gebiert, sondern Genies produzieren muss, aber produzieren in gefüllten Institutionen. Es sind ja Nichtgenies, die die Genies produzieren, interessanterweise. Um einen Klassenprimus hervorzubringen, brauchen Sie eine Klasse, da brauchen Sie Lehrer. Da nutzt alles nichts.

Sie sehen auch, dass die 20- bis 30-Jährigen und 30- bis 50-Jährigen drastisch zurückgehen. Hier wirkt sich bereits ab dem Jahr 2030 noch einmal die DEMOGRAFISCHE INFUSION aus. Das heißt also: Geburtenrückgang ist gleich Mädchenrückgang, ist gleich Mütterrückgang 25 Jahre später. Also, das ist dieser Prozess. Und dann sehen Sie, dass das gesamte Erwerbspotential bis 65 dann von 51 Millionen auf 38 zurückgeht bei gleichzeitiger Alterung.

Das heißt, das Durchschnittsalter unseres Erwerbspotentials wird sehr hoch sein, ca. bei 40 Millionen über 40 Jahren liegen, vor allen Dingen dann, wenn der Babyboom am oberen Ende dieser Erwerbsbevölkerung angekommen ist.

Das ist ungefähr unser Zustand jetzt: Der Babyboom ist in den mittleren Jahrgängen, bei den 30- bis 35-Jährigen und rutscht aber dann schon bis zum Jahr 2010 hier bereits in die oberen Ränge der Erwerbsbevölkerung des Arbeitspotentials hinein und lässt dann durchschnittlich das Erwerbspotential altern.

Wenn man weiß, dass diese Generation im Innovationswettbewerb mit jungen Entwicklungsländern steht, die das in zehn bis zwanzig Jahren vielleicht noch sein werden, aber inzwischen hoch technologisierte Sektoren entwickeln werden, so wie Indien, Bangladesh usw., dann heißt das: Es gibt heute Entwicklungsländer, die neben hochtechnischen Sektoren auch Steinzeit haben, wie Indien zum Beispiel, mit denen werden sie konkurrieren müssen. Das Durchschnittsalter in diesen Bevölkerungen liegt ungefähr zwischen 20 und 25. Das heißt ein Durchschnittsalter eines Erwerbspotentials zu haben zwischen 20 und 25 in einer sich ständig verwissenschaftlichenden Konkurrenzsituation, ist natürlich günstiger als bei uns. Das bedeutet natürlich, dass wir sozusagen so etwas wie eine altersgerechte Arbeitsverteilung bekommen müssen, die Ideen, wie man sozusagen den alternden Erwerbstätigen richtig einsetzt, etwa die Hektik dämpft in einer etwas dynamischen Wirtschaft. Corporate Identity und alle diese Dinge werden ja mehr durch die älteren Mit-

arbeiter garantiert sein. Das heißt, es ist momentan ein Plus. Aber es bedeutet nicht, dass das nicht wesentlich ist, es kommen nur noch geburtenschwache Jahrgänge in das Erwerbspotential nach. Das ist die Problematik, dass der Anteil der unter 20-Jährigen hier um ein ganzes Drittel zurückgeht.

Nun, lassen Sie mich noch zur Situation IM OSTEN UND IN THÜRINGEN kommen. Ich kann Ihnen hier einige allgemeine Zahlen zeigen. Aufgrund der ZUZUGSÜBERHÄNGE nahm die Zahl der Gesamtbevölkerung bis etwa 1999 zu. Thüringen bekam in etwa einer Linie mit den östlichen neuen Ländern - Sachsen (etwas mehr), Sachsen-Anhalt (noch etwas mehr) - einen Geborenenverlust oder ein Geborenendefizit von 10.000 und einen Wanderungsverlust von 4.000. Das in einem Jahr, 1999.

Die Entwicklung Thüringens seit der Zeit der Wiedervereinigung ist folgendermaßen verlaufen: Die Gesamtbevölkerung ist gesunken von 2,6 Millionen auf 2,4. Sie sehen, wie sich das eigentlich etwas gedämpft hat, dann schon ab Mitte der 90er Jahre, 1994. Wir haben es mit einer Bevölkerungsabnahme zu tun, auf Grund der Geburtenentwicklung und auf Grund der Fortzüge. Sie sehen: Langfristig wirkt das Geborenendefizit stärker als die Fortzüge.

Es ist mit den Fortzügen eigentlich nicht mehr so dramatisch, wie es unmittelbar nach dem Mauerfall war. Deutschland hat bei 82 Millionen, eine Kinderbevölkerung (von sechs- bis fünfzehnjährigen) von ca. 13 Millionen. Erstaunlich ist nur, hier muss man vielleicht besser die Zahl der 60- bis 65-Jährigen sowie 65 Jahre und mehr in Beziehung setzen zur Gruppe der Menschen bis 18 Jahre. Das sollte man erkennen. Und es ist die Frage, inwieweit sich das nicht schon die Waage hält, zumal irgendwann ein Übergewicht der alten Jahrgänge kommen wird.

Ich habe meine Zeit inzwischen schon beinahe überschritten, mein Herr Nachredner wird mir das verzeihen. Folgende Ideen habe ich jetzt hier entwickelt, die wird Herr Prof. Sedlacek, glaube ich, vielleicht auch benutzen können.

### **Was sollen oder können wir eigentlich tun?**

An GEBURTEN- UND FAMILIENPOLITIK, da führt kein Weg vorbei. Das haben wir seinerzeit auch mit der Frau Prof. Süßmuth besprochen. Das ist unabdingbar. Frankreich hat 1,8 Kinder pro Frau, Großbritannien 2, Dänemark 1,9, Schweden hatte immer 2, praktisch ausgeglichen, ist jetzt nur wegen sozialpolitischer Restriktionen auf 1,5 zurückgegangen.

Also mit 1,3 Kindern pro Frau lässt sich dieser Sozialstaat wahrscheinlich ohne gleichzeitige Innovationen nicht aufrecht erhalten. Alles andere wäre Illusion. Es geht eine Generation, vielleicht eine zweite. So ähnlich wie mit dem Kommunismus: drei Generationen hält der durch, dann ist er weg. Demografisch kann man das ähnlich sagen, also das geht so nicht. Man muss eben wieder zu anderen WERTVORSTELLUNGEN kommen.

Mit dem bayerischen Fachminister bin ich da ja im Gespräch. Es geht vor allen Dingen darum, die Familienleistungen etwa gleich zu stellen mit den Leistungen der Arbeitsbevölkerung, sonst wird das wahrscheinlich nicht gehen. Wenn die Familie als der abgeschlagene Konsumbetrieb gilt, Familie nur als der Lastenausgleichsempfänger usw., dann ist das sozusagen eine ausgesprochene Negativvoraussetzung für eine Änderung auf diesem Gebiet.

Was wir eigentlich nur machen können: Wir sehen uns die Gruppe der Menschen an, von der wir eigentlich leben. Das sind die, die tatsächlich in Arbeit sind. Von denen lebt das Ganze. Das sind hier natürlich nicht ganz 42 Millionen. Rechnen wir ruhig mal – in diesem Kreise darf ich das machen – die 4 Millionen Arbeitslosen weg, kommen 38 Millionen raus. Und bei den 38 Millionen ist noch etliches Flexible wie Halbtagsarbeit usw. dabei. Wenn wir versuchen, diese 38 Millionen zu halten, die Gesamtbevölkerung jetzt mal ganz außen vor gelassen, dann haben wir eigentlich eine Chance, unsere Probleme zu bewältigen.

Was wir tun müssen, um die gesamten 42 Millionen einschließlich der Arbeitslosen zu erhalten, in Zahlen: Wir bräuchten nahezu 400.000 bis 500.000 Menschen jährlich als Zuwanderungsgewinnssaldo. Und die 500.000 würden unmittelbar in den Arbeitsmarkt gehen. Die können wir erstens im Arbeitsmarkt nicht aufsaugen und zweitens gibt es das Land nicht, um das zu besorgen zu können, einmal vielleicht, ein zweites Mal noch, ein drittes Jahr nicht mehr, das ist völlig ausgeschlossen.

Steht nun die Frage, was wir denn aus eigener Kraft tun können, etwa die Erwerbstätigenquote etwas erhöhen, die Lebensarbeitszeit etwas erhöhen. Das sind die Diskussionen, die wir bereits kennen, jedoch bringt das nicht sehr viel.

Im Grunde jedoch benötigen wir, abgesehen von diesem sogenannten Kompensationsmechanismen, zusätzliche Geburten, denn Humankapital erzeugt man am besten aus den eigenen Geburten im Lande und nicht etwa aus den eingeholten. Denn Sie müssen ja enorme Integrationskosten – allein die Deutschkurse sollen sich zwischen 0,5 und 0,75 Milliarden Euro belaufen für ausländische Fami-

lien – abziehen. Das heißt, die Chance, dass Sie Humankapital aus dem eigenen Nachwuchs produzieren, ist relativ groß. Daher soll man auf den Nachwuchs auch hier nicht verzichten, also es geht hier nicht um die internationale Humanpolitik.

Einwerbung eigentlich von ca. 200.000, die aber tatsächlich integrationsfähig sind, das ist möglich. Und diese 200.000 könnte man allmählich ersetzen, wenigsten zur Hälfte mit eigenen Geburten. Sie haben aus der Bevölkerungsbilanz gesehen, uns fehlen praktisch jährlich 100.000 Geburten. Die allein entstehen dadurch, dass die Frauen das erste Kind zu spät bekommen. Das durchschnittliche Gebäralter der deutschen Frau liegt bei 29. Da ist die Chance, dass ein zweites kommt, ganz gering. Da kommt natürlich diese 1,3 durchschnittliche Kinderzahl zustande. Das ist ein großes Problem. Als das Erstgebäralter zwischen 21 und 22 lag, da kam das zweite automatisch. Jetzt ist es so viel nach hinten verlagert durch die Bildungsgänge der Frau, eben durch die volle Einbeziehung des weiblichen Geschlechts in alle Bildungsjahrgänge, wobei wohl übersehen wird, dass trotzdem aber dies weibliche Geschlecht die nächste Generation hervorbringen muss. Und die moderne Gesellschaft hat immer noch Schwierigkeiten, das irgendwie zusammenzubringen. Wie gesagt, das ist eine Schlüsselfrage. An der möchte ich mein Schlusswort aufhängen und sagen:

ES HELFEN NUR GEBURTENFÖRDERUNG UND FÖRDERUNG DIESER JUNGEN GENERATION. SCHRUMPFENDE JAHRGÄNGE KOMMEN DEN HOCHTECHNOLOGIEGESELLSCHAFTEN TEURER IM VERGLEICH ZUR MUTTERSCHAFT VON FRÜHEREN ZEITEN.

Dazu ist nicht nur allein der Staat gefordert, sondern natürlich auch gewisse Einsichten der Eliten wie etwa der wirtschaftstragenden Schichten und Gruppen. Und auf die ist auch zu hoffen. Also die Demografen hoffen auf das, womit sie sich eigentlich befassen müssen, also mit der Einsicht der Bevölkerung und ihrer tragenden Schichten.

Ω

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen  
der kommenden zwei Jahrzehnte für Freie Berufe  
bis 2020 – Aufgaben von Politik und Gesellschaft

Referent Professor Dr. Peter Sedlacek  
*Friedrich-Schiller-Universität Jena*

Sie stellten mir die Aufgabe, über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die nächsten 20 Jahre nachzudenken. Zu diesen Rahmenbedingungen zählt in jedem Falle das, was Herr Schmid schon vorgestellt hat, nämlich die demografische Entwicklung. Ich werde darauf in meinem Vortrag nicht mehr eingehen, aber Sie müssen dieses immer mit bedenken, wenn wir weiter einige Themen behandeln.

Ich bin Geograf, und Geografen betrachten immer die räumliche Entwicklung auch nebeneinander. Insofern möchte ich Ihnen gerne ganz kurz noch zwei Abbildungen zeigen, die wir im vergangenen Jahr in einem wirtschaftsgeografischen Atlas von Thüringen dargestellt haben und die dann in der Presse sehr hochgespult sind. Hier geht es nämlich einerseits um die räumliche Verteilung der über 65-Jährigen im Lande Thüringen und zwar in der Gegenwart. Sie sehen, dass die roten Pfeile bzw. Säulen erhebliche Abweichungen vom Landesdurchschnitt zeigen und ebenso, wo dies der Fall ist, nämlich vor allen Dingen in Ostthüringen. Das ist also eine sehr problematische Situation.

Sie sehen das im Altenburger Land, in den ostthüringischen Kreisen, darüber hinaus in der Stadt Eisenach – Das ist allerdings ein Sonderfall, weil natürlich dadurch die Problematisierung auf die Umlandgemeinden bezogen ist –, dazu im Landkreis Sömmerda und in Teilen von Nordthüringen.

Parallel dazu vielleicht noch einmal eine Karte als Ergänzung mit dem Anteil der unter 15-Jährigen im Augenblick. Familien mit Kindern sind häufig aus den Städten herausgezogen.

Wir haben auch eine Untersuchung in neuen Wohngebieten gemacht. Das Klientel in den neuen Wohngebieten ist im Durchschnitt zwischen 45 und 50 Jahre alt, im öffentlichen Dienst tätig mit einem Durchschnittseinkommen über 5.000 DM im Monat und zwei Kindern. Das spiegelt sich im Endeffekt in gewissen Wanderungsgewinnen im Umland bei den 15-Jährigen wider. Dann haben wir noch den Sonderfall des Eichsfeldes, der doch keine Rolle spielt.

Hinsichtlich der demografischen Entwicklung haben Sie an den Zahlen von Herrn Schmid vorhin gesehen: Thüringen steht im Vergleich zu anderen ostdeutschen Ländern noch relativ gut da. Thüringen profitiert von einer sehr langen „Westgrenze“, die es Thüringer Haushalten ermöglicht, in Thüringen wohnen zu bleiben und im Westen als Tagespendler zu arbeiten. Wir haben also eine relative Stabilität in einer Weise der städtischen Grenzen und auch in Niedersachsen, insofern sind Abwanderungsraten in Thüringen nicht so hoch wie das beispielsweise in anderen ostdeutschen Ländern ist.

Wir können aber auch feststellen, dass die Abwanderungsraten eben genau in den grenzfernen Gebieten von Nord- und Ostthüringen erheblich höher sind als im mittleren thüringischen Bereich. Innerhalb des Landes gibt es dabei eine deutliche Differenzierung - das vielleicht noch als ein kleiner Nachtrag.

Wir befinden uns im Augenblick, wirtschaftlich gesehen, in einem grundlegenden weltweiten Strukturwandel. Das haben wir in den zurückliegenden zehn Jahren vielleicht in der Beschäftigung mit unseren eigenen deutschen Problemen ein wenig übersehen. Wir haben ihn vielleicht, wenn ich an Westdeutschland denke, in den 80er Jahren nicht sehen wollen und dann etwas verspätet reagiert. Aber grundsätzlich gilt: Wir haben weltweit einen Strukturwandel oder eine Transitionsphase, wenn Sie das anders nennen wollen. Das besondere Problem dabei im Gegensatz zu früheren Phasen: Es ist nichts einmaliges in der Wirtschaftsgeschichte. Im Gegensatz zu früheren Phasen müssen wir diesen Strukturwandel zum ersten Mal unter den Bedingungen einer schrumpfenden Bevölkerung bewältigen. Dazu haben wir eigentlich im Augenblick keine Lösungen und keine Handlungsmöglichkeiten. Vielleicht deshalb, weil uns manchmal ein bisschen die Ideen ausgehen.

Es kommt hinzu, dass teilweise ganze Regionen leer laufen, die Bevölkerung weggeht. In der Bundesrepublik haben wir eine Bevölkerungsdichte von durchschnittlich 230 Einwohnern pro Quadratmeter, in Thüringen haben wir eine Durchschnittsdichte von 152 Einwohnern pro Quadratmeter. Was auf unserer Karte farbig gekennzeichnet ist, sind Gemeinden, die eine Durchschnittsdichte von weniger als 75 Einwohnern haben. Wenn Sie sich die ganz dunklen Gemeinden ansehen, dann haben die weniger als 25 Einwohner pro Quadratmeter. Ich denke, da muss man sich die Frage stellen, wie denn dieser Strukturwandel gehen soll, wie wir das eigentlich bewältigen können. Oder wie wollen wir uns ein Wohlstandsniveau erhalten, wie wollen wir eine Gruppe hochbetagter Leute auf dem Lande später einmal versorgen? Und das mit den Folgekosten!

Also: Wie können wir Strukturwandel unter Schrumpfungsbedingungen bewältigen? Das ist sicherlich eine der zentralen Fragen, die wir uns stellen müssen. Diese Entwicklung führt natürlich auch bei den Akteuren zu vielfältigen Ängsten und Unsicherheiten.

Es erscheint mir wichtig, außer den demografischen Rahmenbedingungen vier weitere zu betrachten:

- die Globalisierung
- die EU-Erweiterung
- den technologischen Wandel und
- die Rolle des Staates

in dieser Zeit und in diesem Wandel.

Ich möchte kurz auf die Folgen eingehen und dann vielleicht noch einmal fragen, was zu tun ist.

### **Zur Globalisierung**

Das Thema Globalisierung wird im Augenblick sehr heftig diskutiert, was aber im Prinzip relativ alt ist. Herr Strubelt, der ehemalige Chef oder der heutige Stellvertreter des Bundesamtes für Raumordnung, geht sogar davon aus zu sagen: Im 15. Jahrhundert war die Globalisierung viel größer als heute. Bezogen auf die damals bekannte Welt waren die internationalen Verpflichtungen sehr viel größer als heute. Wenn wir in der Wirtschaftsgeschichte Europas zurückgehen, dann können wir feststellen, daß die Probleme in vielen Industriegebieten Großbritanniens, der Niederlande oder Frankreichs am Anfang dieses Jahrhunderts bereits damit zusammenhängen. In Deutschland sind wir vielleicht auf Grund unserer eigenen Geschichte ein gewisser Nachzügler. Aber wie das immer so ist, Nachzügler trifft es, wenn es dann endlich so weit ist, immer ein bisschen härter.

Was haben wir darunter zu verstehen, was sind die Erscheinungsformen? Dazu zählt einmal ein weltweiter Bezug von Vorleistungen, dieses sogenannte Global-Sourcing. Dazu gehören ein Engagement über Direktinvestitionen in anderen Ländern, die Herausbildung transnationaler Unternehmensgruppen oder Unternehmen der sogenannten Global-Player, dann strategische Allianzen in Produktion, Vermarktung, Forschung. Damit verbunden ein internationaler Austausch von Kapital und ein zunehmender Standortwettbewerb um das mobile Kapital, ein internationaler Austausch von Wissen und Technologie und eben, wie schon angesprochen, die Internationalisierung der Finanzmärkte, die uns ja im Augenblick gerade immer in der Presse auch sehr stark beschäftigen.

Voraussetzungen zur Verglobalisierung ist auf der einen Seite für den Warenverkehr der Abbau der Zölle, wird systematisch über GAT und WTO ja seit Jahrzehnten betrieben, die Liberalisierung des Kapitalverkehrs seit Mitte der 80er Jahre, und wesentlich ist der Ausbau des Informationstechnologienetzes, der entsprechende Voraus-

setzungen schafft, um diesen Austausch und diese internationalen Beziehungen sehr zu beschleunigen. In Deutschland ist man sehr stark auf Export fixiert gewesen, wir sehen immer auf unsere Exportbilanz. In anderen Ländern tut man das nicht. Das hängt damit zusammen, dass wir in der Vergangenheit immer sehr viel Warenexport betrieben haben. Diese Vernetzung im weltweiten Warenaustausch ist weitgehend fortgeschritten, wobei man daran erinnern muss, dass gerade die EU und andere sogenannte Industrieländer noch immer ihre Märkte gegen Importe aus der Dritten Welt abschotten.

Gegenwärtig interessieren uns vielmehr die Finanzmärkte. Und was noch gar nicht in den Blick gekommen ist, sind globale Arbeitsmärkte. Die werden meines Erachtens noch sehr wenig berücksichtigt. Ich glaube aber, dass diese globalen Arbeitsmärkte eine ganz entscheidende Rolle spielen werden. Wir denken ja dann in der Regel immer daran, dass irgendwelche Massen zu uns nach Deutschland kommen, um bei uns zu arbeiten oder an unserem Wohlstand teilzuhaben. Das ist hier, wenn Sie arbeitsmarktfähig sind, eigentlich die positivere Variante dieses Themas.

Die negativere Variante ist, dass es aus Deutschland heraus ein Brain train hochqualifizierter Arbeitskräfte in andere Länder gibt, insbesondere in die USA. Dieses würde für die Wirtschaft Deutschlands oder den Standort Deutschland eine sehr viel höhere Gefahr bedeuten als diese andere Seite der Medaille. Die Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte, etwa im Bereich von Forschung aber auch von Unternehmensmanagement u. a. m. würde unsere wirtschaftliche Entwicklung sicherlich sehr viel härter treffen.

Es gibt in Deutschland noch einen Sonderweg: Unsere Globalisierung, von der wir hier immer sprechen, ist im wesentlichen eine Europäisierung. Die Globalisierung, das heißt, die Direktinvestitionen der Deutschen Wirtschaft folgen in Warenströmen, die Warenströme gehen überwiegend noch in die Länder der europäischen Union und nach Europa, und die strategischen Allianzen, die deutsche Unternehmen schnüren, werden immer noch im wesentlichen mit europäischen Unternehmen eingegangen. Etwa in der Chemieindustrie haben Sie in der Vergangenheit wieder einige entsprechende Beispiele gehabt.

Die deutschen Exporte gehen überwiegend in die europäische Union. Wir sind im Augenblick etwa bei 50 Prozent, die in die EU gehen, zwei Drittel bleiben in Europa. Nehmen wir den Rest: In die USA gingen im Jahre 2000 nur etwa nur 8,3 Prozent unserer Exporte, und in die häufig in der Presse auftauchenden ASEAN- und Tigerstaa-

ten liegen die Exporte immer noch unter 5 Prozent. Das heißt, wir haben immer noch eine klare Fokussierung auf Europa und auf die EU und dem folgen auch unsere Direktinvestitionen.

In der Diskussion um die Globalisierung taucht im übrigen eine Paradoxie auf, finde ich immer. Diejenigen, die am heftigsten dagegen sind, diese Organisationen, sind die am meisten globalisierten. Es betrifft also die sogenannten Nichtregierungsorganisationen und ähnliche mehr. Diese sind weltweit stärker vernetzt als unsere Industrie, als unsere Nationalstaaten. Insofern finde ich es immer sehr paradox, dass gerade die, die weltweit Netze betreiben, am heftigsten gegen die Globalisierung auftreten.

Bezüglich der Wirkung dieser Globalisierung gibt es eigentlich drei Thesen:

- die sogenannte Abhängigkeitsthese,
- die Verlagerungsthese und
- die Konzentrationsthese.

#### Die Abhängigkeitsthese

geht davon aus, dass wir in unserer eigenen Entwicklung immer mehr abhängig werden von Entscheidungen in den anderen Ländern. Und das ist natürlich in einer gewissen Weise richtig. Die Fragen sind nur

1. Ist das nachteilig für uns? – Erst dann würde diese Abhängigkeitsthese zu einem Problem werden.
2. Waren wir bisher nicht auch in unseren Exporten beispielsweise durchaus von der amerikanischen Konjunktur abhängig?

Wir haben in der gegenwärtigen Diskussion auch wieder, dass diese Abhängigkeit durchaus vorhanden ist.

#### Bei der Verlagerungsthese

gehen wir heute davon aus, dass Produktionen auch in andere Weltgegenden verlagert werden können, und dieses stimmt natürlich. Richtig ist aber auch, dass Direktinvestitionen, Produktionsverlagerungen immer primär, eigentlich seit dem Anstieg in den 70er Jahren, dazu gedient haben, andere Märkte zu erschließen und damit im Endeffekt wiederum bei uns im Lande Arbeitsplätze zu sichern. Es ist immer schwer auseinander zu rechnen, was sind die Effekte: Ist es ein bisschen mehr oder ein bisschen weniger? Aber auch andere Länder legen natürlich Wert darauf, dass bei ihnen produziert wird, so, wie wir uns das ja auch wünschen. Insofern kann man feststellen, dass im wesentlichen Auslandsinvestitionen immer dem Zweck gedient haben, neue Märkte zu erschließen. Die Frage der Roh-

stoffbelieferung oder ähnliches mehr ist eigentlich Nachgang. Darüber hinaus schaffen wir damit in jenen Ländern auch eine gewisse Kaufkraft, die es uns ermöglicht, dann z. B. wieder Leistungen zu exportieren.

### Die Konzentrationsthese

ist vielleicht eine, die uns regional am meisten betreffen könnte. Diese These geht davon aus, dass mit zunehmenden komplizierten weltwirtschaftlichen Verflechtungen auch der Steuerungsbedarf größer wird – Koordination dieser Prozesse –, und dass sich diese Koordinierungsaufgaben auf immer weniger Standorte, immer größere Standorte, sogenannte Metropolen oder auch Nobel-Citys konzentrieren.

Wir sehen es im Augenblick: Wenn Sie sich die Börsen ansehen, da wackeln bereits Standorte wie Frankfurt, die eigentlich doch relativ gut dastehen. Die Finanzströme verlaufen nur noch über wenige Börsen. Insofern können wir einmal davon ausgehen, wenn wir uns das im europäischen Bereich ansehen, dass wir es hier mit einer ähnlichen Konzentration zu tun haben werden. Sie sehen hier diese berühmte blaue Banane, die irgendwie von London über die Niederlande durch Westdeutschland und Schweiz gen Oberitalien verläuft. Und Sie sehen, wenn Sie sich diese blaue Banane ansehen, dass wir in Ostdeutschland uns bereits in einer Randlage dazu befinden. Das ist für uns, strukturell gesehen, dort eine entsprechend ungünstige Situation. Die Globalisierung hat im Augenblick schwache theoretische Erklärungen. Gravierender ist eigentlich, dass wir nicht so richtig wissen, in welche Richtung sie weiter verlaufen wird. Das, was wir wissen, ist, dass sie nicht zu stoppen sein wird, dass wir keine Chance haben werden, wenn wir glauben, wieder in eine Isolationspolitik gehen zu sollen. Dieses würde unsere Wirtschaft erheblich tangieren. Und wie Sie wissen, ist es im Endeffekt ja auch politisch gewollt, wenn wir u. a. an die Erweiterung der europäischen Union denken.

### Die EU-Erweiterung

Damit komme ich zu der zweiten Rahmenbedingung. Wir können davon ausgehen, dass im Betrachtungszeitraum bis 2020 teilweise erheblich schneller die europäische Union oder die Osterweiterung kommen wird. Das heißt, bis zu 12 mittel- und osteuropäische Staaten werden der Europäischen Union beitreten, wenn sie entsprechende Agis-Anforderungen erfüllen. Dazu stehen noch im Hin-

tergrund Malta, das wird uns nicht allzu sehr tangieren. Es wird allenfalls ein paar Jobs bei der EU in Brüssel kosten, weil die Malteser natürlich drei- bis viersprachig aufgewachsen sind, wo die Deutschen meistens nicht mithalten können. Und die freuen sich schon darauf, ihren Arbeitsüberschuss nach Brüssel zu schicken. Das andere Problem, was kommen wird, ist sicherlich die Türkei, die ja schon seit langem in die Europäische Union will.

Die Rahmenbedingungen der Osterweiterung bedeuten, dass in den nächsten zehn bis 15 Jahren die Bevölkerungszunahme in der Europäischen Union um 28 Prozent ansteigen wird. Das entspricht einem gewissen Markt, der allerdings im Augenblick keine adäquate Kaufkraft entwickelt. Wir werden einen Flächenzuwachs von etwa 34 Prozent in der Europäischen Union haben, der nach einem gewissen Infrastrukturausbau schreit und damit Chancen eröffnet. Wir werden aber nur einen Zuwachs von elf Prozent beim Bruttoinlandsprodukt haben, was eben auch, wie gesagt, Rückschlüsse auf die Kaufkraft dort zulassen wird.

Die Folge wird sein, dass die wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten in der Europäischen Union erheblich größer werden als das bisher der Fall ist – die sind im augenblicklichen Nord-Süd-Gefälle teilweise schon recht groß. Und die Folge wird sein, dass finanzielle Transfers zum Ausgleich in diese Regionen umgelenkt werden, innerhalb der Europäischen Union, und damit auch Transfers in die ostdeutschen Länder ab 2005/2006 rückläufig sein werden. Also müssen wir davon ausgehen, dass ab 2006 in unserer Region weniger EU-Mittel zur Verfügung stehen werden.

Dennoch geht man insgesamt davon aus, dass die Gewinner dieser EU-Erweiterung die alte Kerngruppe - Deutschland, Frankreich, Großbritannien und auch die Nachbarstaaten – wie etwa Österreich – sein wird. Wenn dann auch nicht alle Branchen und Regionen gleichermaßen profitieren werden, kann man davon ausgehen, dass bei der derzeitigen strukturellen Situation Westdeutschland und die Grenzregionen zu Osteuropa stärker als andere Regionen von der EU-Erweiterung profitieren werden.

Die andere Gefahr, die immer diskutiert wird, ist das große Wirtschaftsgefälle zwischen Deutschland und den Beitrittsländern, das dann zu einem Lohn-Sozial-Umwelt-Dumping, wie es dann heißt, führen wird und damit zu negativen Folgen auf dem Arbeitsmarkt für unsere sozialen Sicherungssysteme. Wir wissen, dass das Thema bereits heute nicht aus der Welt gegriffen ist und entsprechend rechtlich gegenzusteuern versucht wird. Eine weitere Rahmenbedingung geht davon aus, dass der technische Wandel insbesondere die Aus-

dehnung der Informationstechnologien weitergehen wird und dass damit eine grundlegende Rahmenbedingung sich weiter fortsetzen wird. Informations- und Kommunikationstechnologien werden nicht nur in der Produktion zu einem weiteren Produktivitätsanstieg führen, sondern sie werden auch den Dienstleistungssektor erfassen. Eines von dem erleben wir im Augenblick im verzögerten Strukturwandel im Bankensektor. Ein anderes Beispiel ist etwa diese Welle von Call-Centern, die wir im Augenblick hier gehabt haben oder auch in Ostdeutschland finden. Wenn Sie in die USA schauen, dann werden sie feststellen, dass dort bereits 70 Prozent der Call-Center oder der Anrufe von Kunden bei Unternehmen von Computern erledigt werden, also nicht mehr vom Personal, sondern vom Computer. Da können Sie sich vorstellen, was aus unseren Call-Centern wird. Sie können, wenn Sie in die USA schauen, feststellen: Dort wurden bereits vor einigen Jahren etwa 40 Prozent der Kreditanträge bei Banken durch Computer entschieden und nicht mehr von Sachbearbeitern.

Wenn sich dieser Prozess fortsetzt, dann wissen Sie, dass im Dienstleistungssektor die nächste Welle erfolgen wird, mit der Produktivitätssteigerung auf der einen Seite und Beschäftigungsabbau auf der anderen Seite auf uns zukommt. Diesem Problem werden wir nicht aus dem Weg gehen können. Nach E-Commerce, wo wir im Augenblick einen kleinen Einbruch haben, o.k., sind wir auf dem Weg zu E-GOVERNMENT, das heißt also etwa Verwaltungsvorgänge, Verwaltungsbesuche von Bürgern werden demnächst möglicherweise per Computer erfolgen. Ihre An- und Abmeldung beim Einwohnermeldeamt können Sie von zu Hause aus erledigen oder Ihr Auto anmelden und ähnliches mehr. Wie wir ja erste virtuelle Unternehmen haben, wird es dann wahrscheinlich demnächst virtuelle Rathäuser geben. In einer Region wie Ostdeutschland, wo wir zur Verwaltung von 1.000 Bürgern immer noch mehr als 45 Beschäftigte benötigen – in Baden Württemberg braucht man dafür nur noch 37 Beschäftigte im öffentlichen Dienst – wird da ein nächstes Potential an Rationalisierung zur Verfügung stehen. Man hat in der Vergangenheit darüber diskutiert, dass diese Ausbreitung von Informationen und Technologien im WWW dazu führt, dass Standortfragen irrelevant werden. Die Erfahrung ist, dass dort, wo ein bestimmter Faktor wie ein Internetanschluss und anderes mehr eine Ubiquität ist, das heißt also letztlich wie Luft und Wasser – Wasser wahrscheinlich demnächst nicht mehr – zu finden ist oder wo wie in den meisten Gegenden inzwischen ein akzeptabler Zugang zu den Autobahnen vorhanden ist, dass es dort dann auf neue Standortfaktoren ankommen wird.

## **Der technologische Wandel**

Diese neuen Standortfaktoren werden sicherlich in Bereichen liegen, die etwas mit Bildung, Kultur, Freizeit und ähnlichem zu tun haben und die nicht mehr etwas zu tun haben mit Autobahnen oder ähnlichem. Ich denke, das ist ein Faktor, der sehr wichtig sein wird. Es werden nicht nur die Wohnqualität, die Freizeitqualität, die Kulturangebote an die Arbeitenden sein, sondern auch die Freizeit- und Wohnqualität an die sonstige Bevölkerung, sprich Frau und Kinder und ähnliches mehr. Wenn wir die Qualität nicht bieten, werden die Arbeitenden dort relativ schnell wegziehen. Wir haben in Studien in Schweden feststellen können, dass die Aufbruchentscheidung zur Wanderung immer von den Frauen gefällt wird, nicht von den Männern. Die Männer pendeln oft. Sobald jedoch die Frau eine Chance sieht, in einen besseren Standort zu kommen, ist die ganze Familie weg. Ich denke die Situation von Frauen im Blick zu behalten – nicht nur den Arbeitsmarkt, nicht nur die harte Infrastruktur, sondern auch die Situation von Frauen –, ist bevölkerungspolitisch eine ganz zentrale Aufgabe.

Andere Basisinnovationen wie die Biotechnologie stehen am Anfang. In diesem Bereich werden wir in Deutschland sicherlich zu neuen Clustern kommen, vielleicht auch nur alte bestätigen. Oder wir erleben möglicherweise in diesem Bereich auch einen Brain-Train, wenn bestimmte Entscheidungen nicht irgendwann einmal getroffen werden. Welche Rolle kann der Staat dabei spielen, welche Rolle hat er gespielt?

## **Die Rolle des Staates**

Wenn wir zurückschauen auf das vergangene Jahrhundert, dann können wir sagen, dass der Staat bis etwa in die 70er Jahre hinein eine zunehmende Bedeutung, eine zunehmende Risikoabsicherung übernommen hat. Zu einem Zeitpunkt, als in Westdeutschland eigentlich bereits der berühmte Pillenknick eingesetzt hatte, bereicherte sich die damalige Generation – ich sag mal die Blüm-Generation – noch einmal kräftig am Sozialstaat. Wir müssen das ganz deutlich sehen: Wir hatten damals noch eine wirtschaftliche Situation, wenn man Rücklagen da gebildet hätte, würde uns heute manches Problem in den Sozialversicherungen weniger drücken. Man hat sich damals recht gut bedient. Und das, was dort an Standard für die ältere Generation, der man das ja natürlich immer gönnen möge, geschaffen

worden ist, werden die Generationen, die immer geringer werden, bezahlen müssen. Ich denke, das müssten wir im Hinterkopf behalten.

Auf dem Arbeitsmarkt hat der Staat immer mehr Verantwortung übernommen und in vielen anderen Bereichen auch. Wir müssen noch ein zweites dabei bedenken: Der Nationalstaat, gerade in Deutschland, war immer auch ein Wohlfahrtsstaat. Der Wohlfahrtsstaat mit wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen ist im ursprünglichen Kleinstaat nicht organisiert. In Deutschland wird er dazu benutzt, den Nationalstaat zusammenzuhalten. Das ist immer eine Identität gewesen und wir sind in einer Situation, wo man feststellen muss, dass die Steuerungskompetenz und die Einflussmöglichkeiten des Nationalstaates, ich glaube auch von den Beteiligten selbst, deutlich überschätzt werden.

Die Steuerungsmöglichkeiten des Nationalstaates verlieren mehr und mehr an Einfluss und zwar aus zwei Gründen:

- Auf der einen Seite gehen beispielsweise immer mehr Kompetenzen auf die EU über, die wir dann nur noch nationalstaatlich umsetzen. Das wäre okay, wenn die EU sich eine etwas bessere demokratische Organisation zulegen würde und das Europäische Parlament beispielsweise auch größere Entscheidungsbefugnisse bekäme.
- Das zweite ist, dass sich die Regionen immer stärker zu Wort melden und nach Möglichkeiten einer eigenständigen Entwicklung und einer größerer Selbstbestimmung verlangen.

Zwischen diesen beiden politischen Ebenen ist der Nationalstaat eingeklemmt. Es gibt Autoren, die sprechen bereits vom Ende des Nationalstaates. Wir werden das abwarten müssen. Aber ich denke – wenn wir heute nach Europa sehen und auch die militärpolitischen Herausforderungen berücksichtigen –, es lassen sich auf dem Verhandlungswege für zwischen 15 und oder demnächst 24 bzw. 25 Nationalstaaten diese Probleme also nicht mehr lösen. Ich denke, wir müssen zu einer europäischen Außenpolitik kommen, wir müssen zu einer europäischen Militärpolitik kommen. Anderenfalls werden wir uns zu Tode koordinieren.

- Und ein drittes ist natürlich, dass die Unternehmen, transnationalen Unternehmen, ihre Möglichkeiten haben, ihr Kapital und ihre Arbeitsplätze dahin zu schieben, wo die größte Produktivität zu erzielen ist. Darauf werden Nationalstaaten keinen Einfluss mehr haben.

Die Konsequenz daraus ist, dass wir erleben, dass die Steuerungskapazitäten und die Steuerungsformen des Nationalstaates und des Staates insgesamt neue Formen annehmen. Wir treffen immer mehr

Fälle von Public Drivel Partnerchip, einige aus ihrem Bereich des Ingenieurwesens und der Architekten werden davon profitieren und werden das auch merken. Wir entwickeln neue Formen, ein sogenannten New Public Management, die Einführung wettbewerbsbedingter Steuerungen im öffentlichen Sektor.

In einigen Ländern – in Deutschland ist man wiederum mindestens ein halbes bis 1 Jahrzehnt zurück – werden beispielweise die Bildungssysteme inzwischen über Bildungsgutscheine gesteuert. Die Schule stellt ihre Lehrer ein, jeder Schüler kriegt 10.000 Mark als Gutschein. Wenn er zu der Schule geht, die gut ist, kriegt diese Schule die 10.000 Mark und kann ihre Leute beschäftigen, die anderen verlieren ihre Schüler, damit tritt eine Konkurrenz dort ein, das trifft in anderen Bereichen eben auch zu.

Wir werden eine weitere Entstaatlichung, sogenannte Governance-Modelle – das ist eine Kombination aus Government and Guidance – erleben, wo der Einfluss von Bürgern, von Nichtregierungsorganisationen aller Art, Investoren bei praktischen Entscheidungen etc. sehr viel größer wird. Der Staat zieht sich dann zunehmend auf seine Kernaufgaben zurück, das heißt: Ordnung schaffen, Sicherheit schaffen u. ä.

**Was haben wir als Folge zu erwarten?**

Wenn wir einmal Prognosen zugrunde legen wie etwa von der Bundesanstalt für Bauwesen und Raumordnung oder vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, dann geht man für den Zeitraum bis 2015/2020 etwa davon aus, dass die Bruttowertschöpfung in Deutschland jährlich um etwa zwei Prozent steigen wird. Das ist ein Durchschnittswert, wobei die sogenannten marktlichen Dienstleistungen, also Nachrichtenübermittlung, Kreditgewerbe, Versicherungen, um etwa vier Prozent oder größer als vier Prozent steigen werden, Verkehr und sonstige Dienstleistungen knapp über zwei Prozent, und die sogenannten nichtmarktlichen Dienstleistungen werden in diesen Jahren lediglich um durchschnittlich 0,43 Prozent p.a. steigen.

Das heißt also, die Wachstumsmotoren liegen in den sogenannten marktlichen Dienstleistungen. Das ist bei der Bruttowertschöpfung.

Bei den Erwerbspersonen sehen sie, wir haben eine Grafik einmal bis zum Jahr 2010, dass Nachrichten und Verkehr dort um ein Prozent absinkt. Wir haben hier sechs Prozent Verkehr und Nachrichtenübermittlung, im Jahr 2010 noch fünf Prozent. Wir haben dann einen großen Anteil bei den sogenannten sonstigen Dienstleistungen, die hier wachsen werden.

Das heißt also, bei einem wirtschaftlichen Wachstum wird es auf der anderen Seite zu Produktivitätssteigerungen und den Abbau von Beschäftigten kommen. Das ist die Kehrseite der Medaille. Gesamtdeutsch werden wir bei den Erwerbspersonen bis 2005 einen leichten Abbau haben, nach 2005 eine leichte Zunahme. Das potentielle Arbeitskräfteangebot, ich hoffe das stimmt einigermaßen mit Ihrer Prognose überein, zeigt, dass wir bis 2010 etwa jährlich um 200.000 zusätzliche Arbeitskräfte je 5 Jahre auf dem Arbeitsmarkt haben werden, nach 2010 bis 2015 verbessert sich die Arbeitsmarktsituation, weil oben Arbeitskräfte herausgehen. Das ist also dieser Babyboom, den Herr Schmidt Ihnen ja vorhin schon gezeigt hat, und das bietet auf der anderen Seite den Nachkommen natürlich gewisse Chancen. Ab 2015 geht man davon aus, dass wir im Arbeitskräfteangebot insgesamt einen Rückgang haben, und in Ostdeutschland wird dieser Rückgang beim Arbeitskräfteangebot bereits im Jahre 2010 einsetzen. Das ist die Folge der knapper werdenden Bevölkerungsentwicklung und des Einbruchs. Das verbessert natürlich die Chancen im ostdeutschen Arbeitsmarkt dann deutlich. Wir haben hier eine Darstellung, wie sich in der gesamten Bundesrepublik die Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes darstellt.

Das Arbeitskräfteangebot wird bis zum Jahr 2015 in unserer Gegend um 12 Prozent etwa abnehmen. Das eröffnet Chancen für diejenigen, die übrig geblieben sind. Nicht jeder, der heute lebt, wird bis zum Jahr 2010 warten können. Man geht im Augenblick davon aus, dass das Erwerbsverhalten bei den Frauen sich reduzieren wird und sich dem westdeutschen Bereich angleicht. Wir sind im Augenblick noch immer bei 70 Prozent, in Westdeutschland sind wir bei etwa 63 Prozent. Man geht davon aus, dass eben hier eine Angleichung erfolgt, was dieses Arbeitsmarktangebot entspannt. Wir haben einen Rückgang der Bevölkerung bei gleichzeitigem Rückgang des Erwerbsverhaltens bei den Frauen. Auf der anderen Seite haben wir eine Zunahme der Beschäftigung bei den Männern bei gleichzeitigem Rückgang des männlichen Arbeitskräfteangebots. Das heißt also, wenn man dieser Prognose folgt: Die Situation für die Männer wird besser, aber insgesamt bei Reduzierung des Arbeitskräfteangebots.

Die Produktivität wird weiter zunehmen. Zuwächse werden aber wegen des Strukturwandels geringer sein. Der Anteil der überdurchschnittlichen produktiven Gewerbe wächst unterdurchschnittlich. Das überdurchschnittlich produktive Gewerbe ist die Industrie, und in diesem Bereich werden wir ein unterdurchschnittliches Wachstum erhalten. Die überdurchschnittlich wachsenden marktlichen Dienstleistungen wachsen nach 2005 deutlich geringer. Ich verweise,

wo wir Zeitzeugen sind, auf das Beispiel des Bankensystems. Wir werden also, wenn Sie die entsprechenden EU-Einwirkungen auf das Sparkassensystem etwa sehen, dass sich dort einiges in nächster Zeit bewegen wird. Wenn wir die räumlichen Folgen sehen, dann sagen die Prognosen, dass wir in Westdeutschland eine Wiederbelebung, eine Wiederverschärfung des alten Süd-Nord-Gefälles aus den 70er, 80er Jahren erleben werden.

Uns sollte vielleicht stärker der Ost-West-Vergleich beschäftigen. Sie wissen, dass seit 1996/1997 die Wachstumsschere wieder auseinander geht. Das heißt, die Wachstumsrate in Ostdeutschland ist seit 1996/1997 geringer als in Westdeutschland, die wir also nicht aufholen, sondern wir fallen im Augenblick zurück. Die Prognose geht davon aus, dass Ostdeutschland wieder stärker aufholen wird, diese Prognose ist auf der anderen Seite unsicher. Wenn Ostdeutschland aufholt, wird dieses relativ moderat erfolgen, das heißt mit relativ moderaten Wachstumsraten. Das würde bedeuten, dass wir uns auf einen langfristigen, langsamen Aufholprozess einstellen müssen und nicht auf ein schnelles Überholen.

Innerhalb Ostdeutschlands kann man sagen, dass wir ein überdurchschnittliches Wachstum im Bereich von Berlin-Brandenburg haben werden, einen relativ schlechten im Bereich von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt und einen durchschnittlichen in Thüringen und Sachsen. Das ist die regional differenzierte Prognose.

Der Rückgang der Erwerbstätigkeit wird sich schwächer als in der Vergangenheit auswirken, da das Arbeitskräfteangebot zurückgeht. Auf der anderen Seite resultieren aber daraus Effekte, die durch Produktivitätsfortschritte wieder aufgezehrt werden, so dass die Wachstumseffekte bei der Bruttowertschöpfung, die zunehmen werden, aufgezehrt werden und dadurch der Aufholprozess in Ostdeutschland ein wenig moderater ausfallen wird. 1996 betrug die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen im Vergleich zu Gesamtdeutschland 45 Prozent, für das Jahr 2025 geht das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung von einer Zahl von 67,4 Prozent aus. Das heißt, von heute aus gesehen über 25 Jahre, ist das durchaus ein beachtlicher Abstand, verbunden mit dem hohen Kapitalisierungsgrad, den die ostdeutsche Wirtschaft hat.

Wenn Sie sich die Situation etwa der folgenden Daten hier ansehen, dann fällt auf, dass die arbeitsintensiven Fertigungen sehr viel stärker in West- und Südwestdeutschland liegen als in Ostdeutschland. Das wird aufgrund der hohen Technisierung in Ostdeutschland hier und dort entsprechende Konsequenzen haben. Ich darf Ihnen

gleich noch die Verteilung der Global-Players in Deutschland darstellen und damit auch die Chancen für die einzelnen Regionen, an der Globalisierung und an großen Weltmärkten teilzunehmen. Das ist der Teil, diese halbe Banane hier, da liegen die meisten Global -players. Eine weitere Konsequenz daraus wird sein, dass sozial und regional die Disparitäten in unserem Lande zunehmen werden. Es wird eine relativ geringe Zahl von Gewinnern und eine relative Zahl von Regionen mit starker Einbindung in die Weltwirtschaft geben. Damit werden die Chancen und auch die Entwicklung ungleich verteilt sein. Dieses ist, das soll jetzt kein Trost sein, ein typisches Kennzeichen von Umbruchsituation, wie die Schere auseinandergeht. Für denjenigen, der in einer solchen Situation lebt, ist das kein Trost.

### **Was betrifft Sie davon?**

Freie Berufe sind ein sehr breites und unhomogenes Spektrum. Die einen werden vielleicht stärker betroffen sein, sowohl was die Chancen betrifft als auch eventuell was die Nachfrage betrifft. Ich will im folgenden auf diese Differenzierung nicht eingehen. Vielleicht noch ein paar Zahlen dazu: In Westdeutschland hat sich im Zeitraum von 1996 bis 2000 die Zahl der Selbständigen in freien Berufen um 20 Prozent erhöht. In Ostdeutschland um 30 Prozent. Das eine ist, wie Sie sagen werden, ein Erfolg unserer Gründerpolitik, die wir hier betrieben haben. Die anderen werden fragen: „Was bleibt für den Einzelnen übrig?“ Denn der Markt wächst ja nicht mit der Zahl der Selbständigen, so dass wir also hier in einem Bereich, wo weltweit einige Wachstumsbranchen gesehen werden, durchaus einen verstärkten Wettbewerb haben.

Ω

Standortbestimmung der  
Landes- und Kommunalpolitik –  
Prognosen für die Entwicklung  
in den Städten und Gemeinden

Referent Professor Dr. Dieter Hassenpflug  
*Bauhaus-Universität Weimar*

Die Lage in den neuen Bundesländern ist nach meinem Dafürhalten vor allen Dingen von drei sich überlagernden Entwicklungen geprägt:

- zunächst die Überalterung der Gesellschaft, da möchte ich Herrn Schmid nichts hinzufügen;
- zum zweiten die überregionale Abwanderung, auch dazu hat Herr Schmid schon einiges gesagt und Herr Sedlacek hat einige Informationen hinzugefügt. Die hohe Anzahl von Westemigranten ist auch schon angesprochen worden, wobei ein ganz besonderes Problem die jungen Menschen sind, was dann auch sehr nachhaltige Folgen hat für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung.
- Und ich möchte mich im Grunde auf den dritten Entwicklungsprozess konzentrieren, der bisher noch nicht so zur Sprache kam, jedoch im Prinzip bei Herrn Sedlacek enthalten war, die sogenannte Umlandwanderung.

Das heißt, der Einwohnerverlust der Städte und dieser Verlust ist, bezogen auf die Stadt, im Grunde auch größer als die Westwanderung. Und Erfurt hat beispielsweise in den vergangenen zehn Jahren etwa per Saldo 11.000 Menschen an das Umland verloren. Diese Verluste betreffen, wie wir ja auch statistisch gehört haben, Familien, eher junge einkommensstarke Gruppen. Das heißt also auch, Steuereinnahmen für die Stadt gehen dadurch verloren. Es gibt Untersuchungen, weshalb dieser Trend zu Lasten der Städte in das Umland so stark ist. Das hat etwas mit Leitbildern zu tun, das hat sicher auch etwas mit der Förderung zu tun, etwa des Eigenheimbauers durch die Bundesregierung. Darüber muss in Zukunft mehr nachgedacht werden, ob man solche Umlandwanderungen so stark fördern muss, wie das gegenwärtig geschieht, aber es korrespondieren in diesem eben auch Leitbilder.

Etwa 60 Prozent oder mehr junge Deutsche träumen vom Leben im Eigenheim und im Grünen am Stadtrand. Das ist eine Vision des guten Lebens, die sehr attraktiv ist und die allerdings dann zu Lasten der Städte geht. Wir können in den neuen Bundesländern eine sehr interessante Entwicklung auch bezüglich der Umlandwanderung beobachten, die ihre Ursachen in der Phase nach der Wende hat. Da gab es z. B. Restitutionsansprüche in den Städten und zerfallene Altbausubstanz.

Sie kennen die Probleme, die u. a. dazu geführt haben, dass wir eine sehr starke Entwicklung gerade im Bereich des Einzelhandels auf der grünen Wiese hatten, und wir haben hier einen Trend, der sich von den Entwicklungen in Westdeutschland unterscheidet. Während man dort eher davon sprechen kann, dass der Einzelhandel aus

den Städten heraus den Menschen folgt, also eine typisch amerikanische Form der räumlichen Bewegung, haben wir in den neuen Bundesländern im Unterschied dazu eine Entwicklung, die besagt, die Menschen ziehen dem Einzelhandel auf der grünen Wiese nach, der inwischen eine sehr viel stärkere Position hat als die Position in den Innenstädten. Die Verhältnisse sind auch hier geradezu umgekehrt.

In den meisten westdeutschen Städten ist der Einzelhandel noch eine sehr starke Stütze der Zentralität der Innenstädte. Hier in den neuen Bundesländern ist auch das etwas bedroht. Wenn wir pro Kopf auf 1.000 Einwohner die verfügbare Quadratmeterzahl im Einzelhandelsbereich auf der grünen Wiese berechnen, dann haben die neuen Bundesländer inzwischen die alten, den Westen überholt, erreichten das Verhältnis 145:115 m<sup>2</sup> pro 1.000 Einwohner. Und wer von Weimar nach Erfurt fährt, kann auch räumlich erleben, wie sich diese Entwicklung darstellt.

Ich möchte ganz kurz noch, weil das heute bereits Hauptthema war, auf die Folgen der Überalterung der Gesellschaft und die Folgen der Westwanderung eingehen, dass Thüringen bereits 6 Prozent seiner Bürger verloren hat und bis 2020/2030 – wir wissen, dass das die magische Zahl ist – etwa 20 Prozent seiner Einwohner verlieren wird.

Die drei sich überlagernden Geschichten, die Fragen der Westwanderung, der Umlandwanderung, der Überalterung haben natürlich Konsequenzen für den Wohnungsmarkt. Das große Thema ist der Leerstand. Wir gehen davon aus, dass in Thüringen in Großsiedlungen im vergangenen Jahr und in diesem Jahr etwa 20 Prozent in Großsiedlungen bereits leer stehen. Das Hauptproblem des Leerstandes wiederum stellt sich nicht so sehr im Plattenbau dar, sondern im Gründerzeitbau. Und daraus resultiert natürlich die Frage, welche Konsequenzen man daraus zieht.

Wenn also der Vorschlag unterbreitet wird, und er wird ja auch umgesetzt, dass etwa 280.000 Wohnungen aus dem Markt zur Bereinigung herausgenommen werden, soll man auch in den gründerzeitlichen Bestand hineingehen. Immerhin ist der gründerzeitliche Bau von mehr als 30 Prozent Leerstand betroffen. Ich weiß nicht, ob das die richtige Zukunftsoption ist, darüber müsste man nachdenken. Es gibt soziale und ökonomische Folgen des Leerstandes.

Das Dramatischste ist sicherlich, dass Leerstand wiederum Leerstand generiert. Wir haben es gewissermaßen mit einem autopoetischen Prozess zu tun, einem sich selbst verstärkenden Prozess, der insbesondere auch mit Imageverlusten einhergeht. Und Imageverluste sind zunehmend bedrohliche Fakten. Wir haben von der Bedeu-

tung der sogenannten weichen Standortfaktoren gesprochen, dazu gehören auch Images. Insofern birgt diese Problematik einen gewissen Sprengsatz. Jeder Kommunalpolitiker weiß auch, wie schwierig die Entscheidungen werden, wenn Leerstandsprobleme auftreten und wie problematisch es dann ist, etwa staatliche Leistungen dort vorzuhalten, Schulangebote aufrecht erhalten, in dem Maße, dass man eben die Attraktivität wieder steigern kann. Da gibt es einen Zirkulus visiosus, der sehr problematisch ist.

Welche Lösung kann man ins Auge fassen für diese Schrumpfungprobleme? Natürlich muss versucht werden, Restrukturierungs-, Sanierungs- und Abrissprogramme als Chance für eine Qualitätsverbesserung zu begreifen. Wir haben es hier primär eben nicht mit nur quantitativen Problemen zu tun, sondern mit qualitativen Problemen. Auch hier gilt, die Krise als Chance einer Qualitätsverbesserung zu sehen. Und es ist heute Morgen auch schon angesprochen worden, dass wir so etwas wie eine mentale Umsteuerung brauchen, wir müssen einfach neu über bestimmte Dinge nachdenken. Ich plädiere sehr dafür, dass wir insgesamt im Städtebau – das betrifft die Architekten, aber auch in der Stadtplanung – einen Paradigmenwechsel vollziehen. Der muss einhergehen mit einer sehr viel stärkeren Gewichtung, die die Städte und die Kompetenz der Stadt für die Entwicklung eines Landes haben.

Ich habe hier das Stichwort reflexive Modernisierung gebraucht, und ich möchte das nicht weiter ausführen, weil es ein sehr theoretischer Topos ist, aber der hat etwas damit zu tun, dass wir im Stil der Moderne – und das betrifft die Art und Weise des Wachstums oder der Ablehnung von Geschichte – so nicht weiter machen können. Wenn wir tiefer darüber nachdenken, was eigentlich zukunftsfähig ist, dann stoßen wir interessanterweise darauf, dass es etwas mit Vorstellung zu tun hat. Vorstellung heißt, dass man das, was hinter einem steht, nach vorne setzt. Das heißt, dass man über das Alte noch einmal nachdenkt.

Die Stadt muss neu erfunden werden, das ist unsere Problematik, die die Moderne uns hinterlassen hat, und diese neue Erfindung der Stadt ist ein Stück weit eine Rückkehr zur europäischen Stadt und zu ihrer Tradition und damit möchte ich mich heute insbesondere befassen und hier bereits ein Stichwort geben: Wir brauchen eine neue freie Berufsgruppe, ich nenne den Stadtkurator. Das ist nicht etwa meine Erfindung, sondern es gibt bereits diese Figur des Stadtkurators, und zwar im Vereinigten Königreich und in den Niederlanden. Da werden solche Leute bereits ausgebildet, die sich insbesondere darum kümmern: um die Qualitätsverbesserung und die

Aufwertung des Bildes der Stadt, um die Stadt eben nicht nur als einen Funktionsraum, sondern auch als einen Erlebnisraum, der sich als Identifikationsort für Menschen entwickeln lässt.

Es ist uns mit der neuen Entwicklung verloren gegangen, was eigentlich Stadt bedeutet. Wenn man die Sprache der Semiotik, das ist die Wissenschaft von den Zeichen, verwendet, dann kann man sagen, die Stadt hat ihr Signifikat verloren. Wir wissen heute nicht mehr richtig, was eigentlich Stadt ist in einer vollständig urbanisierten Welt, die geprägt ist von Stadt, Land, Kontinua. Darüber müssen wir neu nachdenken.

Ich möchte jetzt aber mit Ihnen kein semiotisches Seminar bestreiten, sondern gleich weitergehen und dennoch ganz kurz das berühmte Peirsc'sche Semiotische Dreieck darstellen und vielleicht sagen, wo für mich das Problem liegt. Die Stadt wird uns ikonisch als Zeichen immer weniger als solche erkennbar, weil sie sich immer weniger von ihrem Umland unterscheidet. Die Stadt-Land-Grenzen verschwimmen immer mehr. Es heißt, diese Beziehung zwischen dem Begriff „der Markt der Stadt“, dem Signifikat oder der Bedeutung der Idee der Stadt ist unterbrochen worden, und deswegen wissen die Städtebauer nicht mehr richtig, welche Zeichenmittel sie eigentlich einsetzen müssen. Das heißt, wir haben hier gewissermaßen eine Kettenreaktion in dieser zeichenhaften Beziehung. Ich möchte über dieses Signifikat der Stadt sprechen und noch einmal versuchen daran zu erinnern, was eigentlich Stadt ist und welche Schlussfolgerungen wir daraus zu ziehen haben. Das ist also der primäre Gegenstand meines Vortrages.

Um diesen Begriff der Stadt etwas näher zu kommen, ist es für mich sehr wichtig, dass man auf eine Theorie des Ortes zurückgreift, wir müssen versuchen zu begreifen, was eigentlich die Qualität des Raumes bestimmt. Wir sprechen dann in der Soziologie auch in der Anthropologie von Orten. Wir unterscheiden Raum und Ort. Raum ist eher etwas Physikalisches, physisch Beschriebenes und Ort reflektiert auf die Qualitäten. Und ein Ort besteht aus drei wesentlichen Komponenten:

1. eine soziale Komponente - Orte sind Räume, die Kommunikation unterstützen, die Begegnung von Menschen.
2. eine funktionale Dimension, den Gebrauch der Stadt, also ihren funktionalen Sinn betreffend.
3. eine ästhetische Komponente, die Anmutung. Städte, wirkliche Städte, sind eigentlich immer schon Räume mit Atmosphären.

Und wenn also eine Stadt über diese Qualitäten verfügt, bezeichne ich sie als urban und es geht mir jetzt um die Frage der urbanen Stadt.

#### Die soziale Dimension

Da möchte ich einen bestimmten Begriff hervorheben, das kreative Milieu. Städte sollten als Kommunikationsräume dahingehend funktionieren, dass die Menschen, die miteinander synergetisch in Beziehungen treten können, sich auch wirklich begegnen. Das ist immer schon eine wesentliche Funktion der Stadt gewesen. Auf dem platten Land treffen sich die Genies nicht. Aber in der Stadt finden sie ihre Kneipe, wo sie sich treffen und wo sie einen Staat abgründen. Das heißt, wir brauchen diesen Support der Begegnung der Menschen. Das ist eine traditionelle Aufgabe des öffentlichen Raumes. Man muss das mit bedenken, wenn man über diese Phänomene nachdenkt, warum starke Städte stärker anziehen. Man spricht deswegen nicht umsonst von München als eine Stadt, die ein kreatives Milieu darstellt, oder von London. Dazu gehört natürlich auch, dass Städte gewissermaßen Toleranzmaschinen sind. Sie klären die Menschen auf, sie schaffen den anderen ein Bewusstsein, andere Lebensstile, aber auch andere Ethnien als Bereicherung zu empfinden – nicht etwa als etwas, dass man abklären muss, weil sie kulturelle Informationen im Sinne von Synergie zu nutzen verstehen. All das muss eine Stadt im sozialen Sinne als Kommunikationsraum leisten. Ich möchte sehr diese Funktion des kreativen Milieus unterstreichen.

#### Die funktionale Dimension

Auch hier möchte ich einen Begriff ganz besonders hervorheben. Der besondere Gebrauchswert der Stadt besteht in der Zentrumskompetenz, die sie besitzt. Diese Zentrumskompetenz hat etwas mit einer hohen Dichte und Vielfalt von ganz unterschiedlichen Funktionen zu tun. Dann allerdings natürlich auch damit, dass dieser städtische Raum bestimmte bedeutende Aktivitäten repräsentiert und beherbergt, die politische Funktion, die ökonomische, die rechtliche, Religion, Bildung usw. Man hat ja nicht zufällig auch von der Stadt der Metropole des 19. Jahrhunderts gesprochen, also als einem Ort, in dem sich solche Bildungseinrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft versammeln und auch dort dieses Milieu unterstützen. Schließlich gehört Funktionspluralismus zum Traditionellen, also einer Überlagerung von Funktionen. Wir haben viel zu sehr die Städte monostrukturiert und damit auch viel von ihren Möglichkeiten hier genommen.

### Die ästhetische Komponente

Schließlich die Anmutung, allgemein vollständig unterschätzt. Allerdings lässt es sich sehr gut mit Architekten darüber kommunizieren, weil die von Haus aus, von Berufs wegen Ambitionen in diese Richtung haben. Ich möchte einfach noch einmal deutlich machen: Städte sind immer schon ein, wie die Engländer sagen würden, on stage, also ein theatralischer Raum gewesen. Wir wissen das eigentlich, und wir schätzen das auch. Wenn wir etwa nach Erfurt kommen, uns die Altstadt ansehen, dann sehen wir diese räumliche Inszenierung, die all diese anderen Aktivitäten, also kreatives Milieu oder Funktionsvielfalt, Zentrumskompetenz unterstützen können, und insofern muss man darüber nachdenken.

Es ist leider so, dass Architekten heute sehr stark in Richtung des einzelnen Gebäudes ausgebildet werden und der Städtebau meiner Ansicht nach nicht in der Weise gefördert wird, wie das sein sollte. Es wäre also ganz wichtig, dass das komplexorientierte Bauen insgesamt stärker gelehrt wird an den Hochschulen, das gehört sicher auch dazu.

Noch einige Punkte, die zu diesem ästhetischen Inventar dazu gehören. Noch einmal: Warum haben wir diese gegenwärtigen Probleme? Warum sind wir überhaupt in dieser Situation, dass wir darüber nachdenken müssen, was Stadt überhaupt ist? Es ist ja eigentlich eine merkwürdige Vorstellung und wir haben uns unglaublich daran gewöhnt, im Grunde die Gebietskörperschaften, die sich selber als Stadt bezeichnen, dann auch als Stadt zu benennen und einfach diese empirischen Realitäten zu akzeptieren. Ich möchte das mal sehr drastisch ausdrücken: Seit 200 Jahren haben wir eine Entwicklung, die sich zunehmend gegen die Stadt gerichtet hat. Der Städtebau ist, zumindest im 20. Jahrhundert, einer der ganz großen Verlierer und hat enorme Defizite.

Das hängt eben damit zusammen, dass Anfang des 20. Jahrhunderts – übrigens hat da das Bauhaus in Weimar auch durchaus mitgespielt, zumindest partiell – die Stadt als eine Maschine zu visioniert wurde. Wir haben vorhin dieses symbiotische Dreieck beleuchtet, da wurde auch eine Stadtvision abgebildet, die war von dem Bauhausarchitekten Hilbersheimer. Zu dem gehörte Le Corbusier, der sagte, die Stadt der Zukunft muss eine hochleistungsfähige Maschine sein. Das war das Leitbild. Le Corbusier hat sich ja unter diesem Maschinenleitbild vorgestellt, dass die Stadt Paris geschleift wird, vollständig verschwindet und durch eine neue Stadt für drei Millionen Menschen ersetzt wird, die also charakterisiert ist durch eine funktionale

Differenzierung, durch die Trennung der Funktionen Wohnen, Arbeiten, durch riesige Verkehrsachsen und durch „Licht, Luft und Sonne“, also großes Abstandsgrün etc., aber ohne öffentliche Räume.

Die kommen überhaupt nicht vor, diese Kommunikationsräume. Und zum Glück ist aus diesen Visionen in dem Format, wie Le Corbusier gedacht hatte, nichts geworden. Allerdings ist nach dem 2. Weltkrieg diese Bauphilosophie in Ost und in West in Deutschland sehr bestimmend geworden.

Indessen entsteht momentan nicht nur die Informationsgesellschaft, sondern auch, wie hier Herr Schmid das sehr prominent formuliert hat: Wir haben die Entstehung einer Erlebnisgesellschaft. Dieser Begriff ist sehr entscheidend geprägt worden von Gerhard Schulze. Und wenn man darüber nachdenkt, was diese Entwicklung mit unterstützt hat, dann stößt man darauf, und das lässt sich auch empirisch absichern, dass die Menschen im Grunde die Stadt vermissen. Als erstes hat das die Kulturindustrie gemerkt.

Nehmen wir Mal als Symbol den Disney-Konzern. Sie werden keinen Disney-Park auf der Welt finden ohne Simulation einer Stadtlandschaft mit einer städtischen Atmosphäre. Das ist einer der ganz wesentlichen Topos. Dieses, aus der Kulturindustrie heraus, die die Stadt gewissermaßen für die Postmoderne zuerst erfunden hat, ist das dann weitergegangen in die großen Kaufhäuser auf grüner Wiese. Inzwischen kehren diese mit ihren städtischen Anmutungen wieder in die Stadt zurück.

So funktioniert Erlebnisgesellschaft. Die Menschen suchen sich Orte mit Atmosphären, mit Flair, mit Anmutung, sie suchen im Grunde den städtischen Raum. Was bisher noch nicht geschehen ist: Diese Botschaft der Postmoderne ist noch nicht bei Akteuren der Stadtentwicklung, der Stadtplanung wirklich angekommen.

Was macht die Erlebnisgesellschaft, in die wir hineingehen? Es ist viel davon die Rede gewesen nach dem 11. September in New York, dass Schluss sei mit der Spaßgesellschaft etc. Wir haben es hier mit einem soziologischen Megatrend der Entwicklung zu tun, es ist heute bereits angesprochen worden: Im Zuge der Produktivitätssteigerung geht uns die Erwerbsarbeit in zunehmendem Maße verloren, und schon das bedeutet eine Restrukturierung der Gesellschaft. Sie muss mit einem sehr viel größeren Deputat an freier Zeit umgehen können und dies dann auch noch auf eine produktive Art und Weise. Die wichtige Charakteristik der Erlebnisgesellschaft, die unumgänglich ist, in die wir hineinsteuern, ist Ästhetisierung. Das heißt also, in der Architektur etwa werden die asketischen Ornamentverbote

der klassischen Moderne, etwa auch der Bauhausarchitektur, zunehmend in Frage gestellt. Die Bauhausarchitektur kann man heute nur noch als Ästhetisierung legitimieren, aber nicht mehr funktional. Insofern ist dieser Stil inzwischen auch klassisch. Ein Zitat von Gerhard Schulze: Der Mensch von heute, gerade unsere jungen Leute, die fragen nicht mehr so sehr, was nützt mir, sondern was gefällt mir. Das Gefallen bekommt mehr Bedeutung. Es bedeutet nicht mehr, dass wir nicht mehr rational danach fragen: »Was nützt mir?«.

Ebenso gilt für das Thema: DIE VERPACKUNG BESIEGT DEN INHALT. Die Art und Weise, wie wir etwas anbieten, wird zunehmend wichtiger gegenüber dem Inhalt. Das bedeutet aber nicht, dass der Inhalt verschwindet. Es gibt ein Wort in der Soziologie, das versucht, das beides zusammenzufassen. Eine steigende Produktivität und die zunehmende Bedeutung von Animation in der Art und Weise, wie Produkte vermarktet werden, wir nennen das die McDonaldisierung der Gesellschaft. Was eben bedeutet hohe Produktivität bei gleichzeitig sehr starker Dominanz von Images und Erlebniswerten?

Im Zuge dieser Entwicklung findet noch einmal eine radikale Drehung an der Schraube der Individualisierung statt, es wird zunehmend wichtig, nicht nur Leistung vorweisen zu können, sondern diese Leistung auch in der richtigen Verpackung verkaufen zu können. Es wird alles Entertainment, nicht nur Infotainment, sondern auch Edutainment. Also auch die Schulen müssen sich noch mehr überlegen, wie sie den Unterricht auf eine Art und Weise gestalten, dass sie die richtigen Transportmittel finden, mit denen sie mit MTV etc. konkurrieren können.

Inzwischen sind wir beim Citytainment. Auch die Stadt will nicht nur Leistungen vorweisen können, also Menschen unterbringen oder Arbeitskräfte binden etc., sondern man muss das auch verkaufen können. Da muss die Stadt zu ihren ursprünglichen Qualitäten zurückfinden, und das ist in großen Maßen Wiedererinnerung. Wenn wir jetzt fragen, wie sich diese Erlebnisgesellschaft im Raum artikuliert, dann stoßen wir auf den Begriff der Erlebniswelten. Dabei fallen verschiedene Dinge auf, die sehr wichtig sind. Räume müssen sich heute zunehmend legitimieren durch Geschichten, durch Narrative, sie müssen eine Story haben. Wir sprechen deswegen beim Städtebau und in der Architektur zunehmend von Themenparks oder Erlebnisparks etc. Also das sind Vorboten einer solchen Entwicklung, dass wir Narrative vorzeigen müssen. Wenn wir jetzt auf die Stadt schauen, dann sind natürlich diese Geschichten in der Geschichte zu finden. Und wir müssen die Mythen der Stadt ausgraben und stark

machen und versuchen, daraus die Zukunft der Stadt zu entwerfen. Dazu gehört sicher die Fiktionalisierung, das ist ein sehr wichtiger Begriff in diesem Zusammenhang.

Wenn Sie in eine Disneyworld kommen, dann haben Sie natürlich die Stadtkulisse, aber überhaupt keine einzige städtische Funktion. Das ist alles Lug und Trug, funktioniert aber trotzdem, indem es genau diese bühnenartigen Atmosphären hinbekommt, und ähnlich ist das auch in den Malls, den amerikanischen Kaufhäusern auf der grünen Wiese. Dann beobachten wir zunehmend ein Phänomen der Inversion. Dieses Inversionsphänomen ist nicht nur ein räumliches, von innen nach außen, die zunehmende Durchdringung von Grün und rauen Flächen, gewissermaßen Green space and Ground space, sondern auch die Verkehrung von öffentlich und privat drückt sich stadträumlich so aus, dass immer mehr öffentliche Räume in privater Regie übernommen werden.

Städte übertragen in ihrer finanziellen Not Unternehmen öffentliche Aufgaben bis hin zu ganzen Straßen und Netzen. Die werden von den Unternehmen übernommen und gepflegt, und dafür dürfen sie ihre Werbeschilder etc. aufstellen, und im Grunde die Images dieser Plätze für ihre Zwecke vermarkten. Und dann Arthöfisierung: Es gibt hier in Thüringen einen Erlebnispark, der heißt Waikiki – mit dem Auto in die Südsee. Ich weiß nicht, ob Sie ihn kennen, kein großes Ding, aber es zeigt, in welche Richtung es geht. Wir wollen eben heute die Südsee um die Ecke haben, und deswegen bauen wir dann große Domgebäude mit viel Glas und Stahl, und darunter schaffen wir die Temperatur, die wir haben wollen. Wir lassen Palmen wachsen, und Windgeneratoren machen einen leichten Wind, das Wasser ist warm und Vogelgezwitzcher erklingt aus irgendwelchen Lautsprechern. So etwas wie unsere Südsee um die Ecke schaffen wir uns auch auf allen anderen Gebieten. Es gibt inzwischen eine hoch professionalisierte Erlebnisindustrie, die bereits die Regeln dafür aufgestellt hat, wie solche Erlebniswelten geschaffen werden können. Man unterscheidet Inszenierung und Thematisierungsstrategien, also man muss eine gute Story haben.

Wenn man in Erfurt einen Erlebnispark oder eine neue Mall oder so etwas in der Innenstadt errichtet, dann sollte man sich der Narrative vergewissern, die diese Stadt im Übermaß zu bieten hat. Aktionsstrategien, die auf bestimmte Konsumentengruppen bezogen sind, müssen aktuelle Themen aufgreifen, die möglicherweise in der Öffentlichkeit diskutiert werden: Multifunktionsstrategien, also einen Pluralismus, ein ganzes Set von Funktionen und Angeboten für junge Leute, für ältere Leute, für Lifestylegruppen etc.

Übrigens ein vierter Trend, wenn man jetzt von diesen drei Trends spricht: Überalterung der Gesellschaft, Westwanderung von den neuen Bundesländern aus und dann Umlandwanderung, über diesen allen liegt auch eine Dynamik der soziologischen Entwicklung, der Änderung von Lifestyles, die sich eben darin ausdrückt, dass die Lebensstilentwürfe heute so aussehen, dass die Familien nicht mehr als ein Kind haben wollen. In dem Lifestyle liegt natürlich auch ein Schlüssel für die Beantwortung der Frage, wie wir eigentlich die Geburtenrate erhöhen können, die hier in den neuen Bundesländern ja einen Negativrekord erreicht hat, ich glaube mit 0,77.

Heute geht bei jungen Menschen nichts mehr ohne Markenkult, also Adidas beispielsweise. Die Identifikationen, kollektive Selbstvergewisserung, werden heute ganz wesentlich von Marken beeinflusst, von der Industrie. Dann Beeindruckungsstrategien, also nicht *small is beautiful*, sondern *big is beautiful*. Auch in diese Richtung wird viel getan. Innovationsstrategien, die immer auch diesen Geschmack an sich haben, also etwas positiv konnotiert zu sein, und die Zukunft in sich zu tragen. Die Minister für Raumordnung, darunter Thüringens Innenminister Köckert, haben sich zusammengesetzt und eine sogenannte Potsdamer Erklärung zur zukünftigen Stadtentwicklung verabschiedet. Da werden einige Ideen aufgegriffen, die ich auch jetzt schon vorgetragen habe. Wir müssen zu einer Begrenzung des Flächenverbrauchs durch Nutzungsmischung kommen. Dahinter steckt im Grunde ein Plädoyer für die Aufwertung der innerstädtischen Zentralität. In dieser Potsdamer Erklärung ist u.a. auch die Änderung der Eigenheimförderung angesprochen. Es muss daran gearbeitet werden, und es ist natürlich ein Drama dieser Geschichte, dass man nicht versuchen kann, die Menschen einfach so von Staatswegen daran zu hindern ins Umland zu ziehen.

Eine große Aufgabe ist in diesem Zusammenhang die Aufwertung des innerstädtischen Raumes. Und es ist einfach noch so, dass die Städte, die Kernstädte, für Kinder und Jugendliche und das heißt dann auch letztlich für Familien, unattraktive Orte sind und dass es natürlich auch solche Gründe hat. Die Bevölkerung alleine ist es nicht. Ich würde dafür plädieren – und das ist eben nicht nur eine Aufgabe für Architekten und Planer, sondern auch vielleicht für den zukünftigen Stadtkurator –, dass sehr viel mehr darüber nachgedacht wird, was für Kinder und Jugendliche in den Städten getan werden kann. Wir brauchen neue Raumkategorien, die geschaffen werden müssen. Beispielsweise mit funktionsdiffusen Räumen. Also Räume, die nicht determiniert sind durch die Absichten, die Erwach-

sene in ihnen verfolgen, sondern die der Phantasie von Kindern Möglichkeiten geben, sich in diesen Räumen selbst darzustellen. Wir in der Soziologie nennen so etwas funktionsdiffuse Räume. Wir haben unterschiedliche Raumkategorien, wir haben nur monostrukturierte Räume, das sind eindeutig definierte Räume wie etwa die Autobahn oder der Parkplatz, dann haben wir multifunktionale Räume, das ist, wenn der Parkplatz eben auch als Parkplatz genutzt wird, vielleicht auch mal als Spielplatz oder als Begegnungsort etc. Da überlagern sich dann die Funktionen. Und schließlich funktionsdiffuse Räume, die vielleicht auch ein Schlüssel sind zur Entwicklung einfach attraktiver Raumqualitäten in den Städten für Familien, Kinder und Jugendliche. Darüber muss sehr viel mehr nachgedacht werden. Es bleibt in diesem Bereich, gerade im Bereich der Qualifizierung von Räumen, meiner Ansicht nach noch sehr viel zu tun.

# Podiumsgespräch

Podiumsgespräch geführt von

Peter Müller von der Grün  
*Journalist der Frankfurter Allgemeinen Zeitung*

mit den Referenten

Professor Dr. Josef Schmid  
Professor Dr. Peter Sedlacek und  
Professor Dr. Dieter Hassenpflug

sowie den Vertretern der Freien Berufe

Dr. Karl Gröschel  
*1. Vorsitzender der KV Thüringen*

Dr. Herbert Becherer  
*Präsident der Steuerberaterkammer Thüringen sowie*

Thomas Erfurt  
*Mitglied des Vorstandes der Architektenkammer  
und des Bundes der Architekten in Thüringen*

### Drei Fragen vorab

Mein Name ist Klaus-Peter Müller, ich bin Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung für die Mitte Deutschlands, für Thüringen und weite Teile von Hessen. Man kann auch sagen: Thüringengrenzen von 1247. Ich habe ein Büro in Erfurt und in Kassel, übe die Tätigkeit seit Ende 1991 aus. Der Landesverband der Freien Berufe hat mich gebeten, das Podiumsgespräch an diesem Nachmittag zu leiten. Ich bin der Bitte gern nachgekommen und darf in diesem Zusammenhang auch noch die herzlichen Grüße unseres Hauses, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung GmbH, übermitteln, die diese Veranstaltung nach Kräften mit unterstützt. Danke.

Zunächst wollen wir uns auf dem Podium mit der Frage der Bevölkerungsentwicklung beschäftigen, die heute Morgen ja schon von den Wissenschaftlern ausgebreitet worden ist. Wir wollen vorab schon einmal fragen,

- ob die sinkende Bevölkerungszahl nur ein Thüringer Thema ist,
- wie die Thüringer mit diesem Thema umgehen und
- wie sich unsere Städte verändern müssen.

Etwas konkreter darf es dann vielleicht sein, als es in den Vorträgen anklang. Deshalb wollen wir auch den Fragen nachgehen,

- warum wir weniger Einwohner haben,
- warum es weniger Kinder gibt und
- was zu tun wäre, um Thüringen so attraktiv zu gestalten, dass der Einwohnerverlust zumindest gebremst wird.

Und schließlich möchte ich die Vertreter der Freien Berufe bitten, ihren politischen Wunschzettel zu schreiben. Schließlich ist Weihnachten, morgen kommt der Nikolaus, und wir haben ja auch Politiker hier. Die sind gern bereit, Fragen zu beantworten und Wünsche entgegenzunehmen. Ich habe mich da eben noch einmal bei allen extra rückversichert, also Dankeschön Frau Pieper, Dankeschön Frau Ellenberger, Dankeschön Herr Althaus.

## Weichen stellen für die Zukunft

*Fangen wir doch mit Ihnen an Professor Schmid. Sie kommen eigentlich aus Linz, verkörpern sozusagen hier die Globalisierung am Tisch. Welcher Weg hat Sie denn hierher geführt?*

Ich bin in Österreich geboren und habe in München studiert: Volkswirtschaftslehre, Soziologie und Philosophie. Assistent war ich dann bei Professor Bolte, dem Schüler und seinerzeit Assistenten des berühmten Professors Gerhardt Mackenroth, dem Miterfinder und Mitbegründer des deutschen Umlageverfahrens und auch mit Soziologe, Volkswirt und Statistiker in Kiel, Mitbegründer der sogenannten Kinderschuhe der Volkswirtschaftslehre. Das Thema ist auf mich verfallen und dadurch bin ich hier.

*Herr Dr. Gröschel, wenn man sich Ihre Familienvita anhört, dann fragt man sich, ob die Befähigung zum Arztberuf womöglich vererbt wird.*

Das ist durchaus möglich, denn ich stamme aus einer Arztfamilie. Mein Vater war vor der Wende der letzte niedergelassene Arzt im Kreise Weimarer Land, und das war immerhin in Thüringen eine Seltenheit. Beinahe hätte ich diese Praxis übernommen, aber widrige Umstände, meistens politischer Art, hinderten mich daran, dieses zu tun. Ansonsten bin ich als Arzt tätig, als Allgemeinmediziner, Hausarzt, wenn Sie wollen als Landarzt. Und unter anderem bin ich aber auch gewählter Vertreter der 3.500 Kassenärzte in Thüringen. Ich repräsentiere sie hier mit ihren Forderungen in ihren Nöten und ihren Sorgen.

*Herr Professor Hassenpflug, nach Ihrem Vortrag eben, da möchte ich Sie jetzt eigentlich fragen, wie studiert man denn bei Ihnen Gelassenheitskompetenz und vor allem, wie macht man als Student Scheine darin?*

Zunächst möchte ich ergänzen: Auch ich fühle mich der Globalisierung verpflichtet. Zwar bin ich nicht in Österreich geboren, aber in Südafrika und dort auch aufgewachsen. Und bin über viele Umwege nach Berlin gekommen. Dort habe ich übrigens dieselbe Fächerkombination wie Herr Schmid studiert. Ich habe einen Diplom-Volkswirt gemacht und Philosophie und Soziologie studiert und bin eben Stadtsoziologe geworden.

Was war jetzt noch mal Ihre Frage (Ich hätte jetzt gehofft, dass Sie die Frage vergessen haben) – Gelassenheitskompetenz? Also ich will versuchen, etwas ernsthafter darauf noch mal einzugehen. Dieser Begriff ist natürlich etwas provozierend. Aber wenn man, wie ich das versucht habe, so andeutungsweise etwas ins Auge zu fassen bekommt wie eine Kulturkritik der modernen Gesellschaft, dann stößt man doch immer wieder darauf. Wir haben heute mehrere Male darüber diskutiert, etwa über die Infrastruktur und Politik in den neuen Bundesländern, dass dort geklotzt wurde und nicht gekleckert. Aber zunehmend kommt ein großes Fragezeichen, so nach dem Motto: Jetzt haben wir eine sechsspurige Autobahn gebaut, auf der die Leute so schnell, wie sie nur können, nach Westen abhauen. Was natürlich eine Karikatur ist.

Aber ich glaube, Gelassenheitskompetenz, sich einfach Mal zurücklehnen, ja, und vielleicht bei einem guten Glas Rotwein und einem schönen Essen ein bisschen darüber nachdenken, was eigentlich die bessere Entwicklungspolitik für die neuen Bundesländer ist, bringt einen möglicherweise auf gute, neue Ideen. Der Begriff Gelassenheitskompetenz selbst kommt in seiner eigenen Geschichte aus der Ökologiebewegung und hat dort natürlich etwas mit einem bestimmten Naturumgang zu tun.

*Herr Dr. Becherer, mit dem Thema Steuern befassen sich die Leute eigentlich gar nicht gern. Aber Sie haben es zu Ihrem Beruf gemacht.*

Ursprünglich habe ich einmal in Jena Betriebswirtschaft studiert. Ich bin in Thüringen geboren, stamme aus Gotha.

Man hat mich gefragt, ob ich ursprünglich mal sehr viel mit Mathematik zu tun gehabt hätte, um zu den Steuern zu kommen. Ich könnte darauf antworten: höchstens mit Wahrscheinlichkeitsrechnung, das kommt dem Steuerrecht vielleicht am nächsten. Ich unterhalte jetzt seit dem Jahr 1990 eine Steuerberaterkanzlei in Gotha.

*Herr Professor Sedlacek, Sie sind Wirtschaftsgeograf und Regionalentwickler, mit was für Themen beschäftigt man sich da und wer studiert denn so was bei Ihnen in Jena?*

Das letzte ist einfach zu beantworten, das sind also Diplom-Geografen, und davon haben wir in der Zwischenzeit über 300 in Jena. 1992 haben wir mit dem Aufbau neuer Studiengänge angefangen, ein neues Institut gegründet. Heute haben wir 600 Studenten, das sind

300 mehr als uns lieb ist. Davon werden aber auch Geografielehrer ausgebildet.

An unserem Lehrstuhl beschäftigen wir uns mit Fragen der wirtschaftsräumlichen Verteilung von Industrien, wir beschäftigen uns mit Fragen von Regionalentwicklung, wie es zu unterschiedlicher Regionalentwicklung kommt und wie man sie beleben könnte, mit mehr oder minder Erfolg dabei.

Um ein Beispiel zu nennen: Wir haben uns in dem vergangenen Jahr mit Fragen von kommunaler Neugliederung beschäftigt, ebenso mit Fragen der Evaluation von regionalen Entwicklungskonzepten hier in Thüringen, und wir beschäftigen uns beispielsweise in den nächsten Monaten mit der Auswirkung des Schienenverkehrs auf die Regionen und die wirtschaftliche Entwicklung von Regionen. Das sind Themen, mit denen sich ein Wirtschaftsgeograf auseinandersetzt.

*Herr Erfurt. Sie sind Architekt hier in Erfurt. Wann haben Sie sich denn in die Selbständigkeit gewagt?*

Bis 1986 habe ich in Weimar studiert, danach bis zur Wende in einem volkseigenen Planungsbüro gearbeitet, war dann bei der Architektenkammer Thüringen angestellt und bin seit dem 1. Januar 1993 selbständig.

*Und das offenbar mit Erfolg?*

Bis jetzt ja.

*So, kommen wir noch einmal auf das Thema Bevölkerungsentwicklung: Herr Professor Schmid, die Bevölkerungszahl in ganz Deutschland, ja vermutlich auch in Europa, ist rückläufig. Betrifft diese Entwicklung in Deutschland denn nur die neuen Länder, über die wir heute Morgen viel gesprochen haben oder auch bestimmte andere Regionen in einem ähnlichen Maße wie die neuen Länder?*

Sie haben mit Ihrer Frage schon die Antwort etwas vorweggenommen. Wir haben bis zur Mitte dieses Jahrhunderts einen Rückgang der deutschen Gesamtbevölkerung von ca. 10 bis 15 Prozent zu erwarten, bei entsprechender Zuwanderung von etwa 200.000 Menschen jährlich, also Wanderungsgewinn.

Allerdings verteilt sich diese Bevölkerungsabnahme nicht gleichmäßig, sondern beschleunigt sich. Wir haben noch eine kleine

Ruhepause bis zum Jahr 2010/2015, und dann allerdings bricht wahrscheinlich der Geburtenrückgang um und setzt sich fort in Menschenmangel: in der Erwerbsbevölkerung, und darauf hat man zu achten.

Die neuen Bundesländer stehen hier nur hinter einer verschärften Bewegung, übrigens in ganz Europa. Die gesamteuropäische Bevölkerung, also mit Osteuropa, beträgt ca. 727 Millionen. Und es steht zu fürchten, dass sie bis zum Jahre 2050 insgesamt 100 Millionen verliert. Das müssen wir mit berücksichtigen. Im Osten noch stärker - in den GUS-Staaten zum Beispiel - als im Westen.

Die neuen Länder stehen gar nicht so schlecht da, vor allen Dingen deswegen nicht, weil die große Abwanderungswelle mit 1994/95 abgeebbt ist, und etwa Thüringen seitdem einen Gleichklang hat. Es hat zwar insgesamt zwischen 1991 und 1999 ca. 100.000 Menschen verloren, aber es ist jetzt irgendwie eine Beruhigung eingetreten, vorausgesetzt, dass wahrscheinlich Zuwanderung noch kommt oder man vielleicht an der Geburtenschraube noch irgendwie drehen kann.

*Gibt es vergleichbare Regionen – nicht in den neuen Ländern aber in Deutschland –, wo die Bevölkerungszahl in den nächsten Jahren noch deutlicher abnimmt? Oder ist das jetzt ein isoliertes Problem nur für Thüringen?*

Es ist kein isoliertes Problem für Thüringen, es nimmt überall ab. Es gibt keine deutsche Region mehr, die sich aus eigener, aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung selbst noch regeneriert.

*Und noch einmal zur Klarstellung: Was wiegt da jetzt schwerer? Die fehlenden Kinder oder die Abwanderung in Ballungsräume?*

Die Abwanderung in Ballungsräume ist eine Bewegung, die laufend stattfinden wird, sich aber nicht unbedingt auf die Anzahl der Geburten negativ auswirken muss. Denn wir kämpfen ja momentan um das zweite Kind in den Familien, und es muss möglich sein, in Ballungsgebieten wenigsten ausreichend zweite Kinder zu haben, zusätzlich zu dieser großen Zahl von Einzelkindern.

*Herr Professor Sedlacek, bei uns in diesen, ja, entwickelten europäischen Gesellschaften scheint ja alles auf Wachstum ausgelegt zu sein. Wir erwarten dauernd Gehaltserhöhung, steigende Aktienkurse, wachsendes Bruttoinlandsprodukt. Und bei der Bevölkerung sind wir ja offenbar auch davon ausgegangen, dass die immer wachsen muss. Warum muss Bevölkerung immer wachsen und warum darf Deutschland nicht kleiner werden und so klein werden wie es vielleicht 1960 mal gewesen ist?*

Im Prinzip braucht Bevölkerung nicht zu wachsen. Und wenn Sie es aus ökologischer Sicht sehen, wären ja 60 Millionen in einem so dicht bevölkerten mitteleuropäischen Raum vielleicht idealer als 80 Millionen. Das Thema ist nur: Was passiert hinsichtlich sozialer Sicherungssysteme und ähnlichem mehr? Ich denke, dass ist der Knackpunkt, den wir haben. Nicht etwa die Bevölkerungsdichte. Wir könnten also auch großflächige Naturschutzgebiete einrichten oder Wildnisse oder was auch immer. Das hat ebenso seinen Reiz.

Das Problem, was wir haben, ist im Endeffekt die Frage danach, ob wir diesen Wohlstandsanspruch aufrecht erhalten wollen. Wir können auch sagen, wir werden Mal wieder ein bisschen bescheidener und müssen zurückdrehen. Aber wenn wir einigermaßen diesen Standard halten wollen, wenn wir unsere sozialen Sicherungssysteme, also insbesondere Rentenstandards und ähnliches halten wollen, dann werden wir wahrscheinlich ohne dieses Bevölkerungswachstum oder zumindest ohne eine Stabilisierung nicht auskommen. Dann werden wir eben gehalten, das doch in irgendeiner Weise sicherzustellen.

*Herr Erfurt, als ich Sie jüngst in Ihrem Büro besuchte, da herrschte dort wirklich rege Betriebsamkeit. Und wenn ich das richtig verstanden habe, dann leben Sie davon, dass Thüringen schrumpft, denn Sie planen den Rückbau von Städten. Wie macht man so etwas, den Rückbau von Städten planen?*

Also, da haben Sie nicht ganz richtig hingesehen, wir planen natürlich nicht nur den Rückbau und wir machen auch nicht nur Städteplanung. 50 Prozent des Auftragsvolumens sind nach wie vor Hochbauplanungen, also Architektur. Die anderen 50 Prozent des Auftragsvolumens machen in letzter Zeit allerdings zunehmend Stadtumbauplanungen aus, und in dem Zusammenhang speziell Fragen der Wohnungsmarktstabilisierung. Das hat, wie wir ja heute gehört haben, eben doch erheblich mit Rückbau zu tun, mit dem Entwickeln von bestimmten Szenarien dazu.

*Und Schrumpfung, das heißt jetzt für eine Kommune, dass nur die Zahl der Bevölkerung zurückgeht oder was passiert da noch? Braucht man dann bestimmte Straßenbahnlinien nicht mehr, was passiert mit den Klärwerken, die wir für teures Geld gebaut haben, können wir die wieder abschaffen? Was muss man da alles bedenken?*

Der Stadtumbauprozess hat natürlich nicht nur etwas mit der Wegnahme von Wohnungsüberangebot am Markt zu tun, sondern – Professor Hassenpflug hat es ja heute auch mit angesprochen – es sind natürlich viele Dinge, die dabei eine Rolle spielen wie z. B. die Stärkung der Innenstadt. In dem Zusammenhang ist es natürlich so, dass bestimmte Fragen der Infrastruktur mit zu berücksichtigen sind. So benötigt ein Kanalnetz eine gewisse Durchflussmenge, damit es funktioniert, ein Trinkwassernetz braucht eine bestimmte Abnahmemenge am Ende, damit das Wasser eben noch die Qualität beim Endverbraucher hat und nicht mehr als notwendig in der Leitung steht. Und selbstverständlich muss nicht mehr in dem Gebiet, von dem aus niemand mehr zur Arbeit fährt, nicht die Straßenbahn im 5-Minutentakt fahren.

*Kann denn trotz dieser Veränderung, die Sie jetzt beschrieben haben, eine Stadt durch Schrumpfung auch gewinnen, z. B. durch Wohnqualität?*

Das ist sicherlich in jedem Fall so. Ich glaube, es kommt eben darauf an, das ganze als Chance zu sehen. Also als Chance, aus der Notwendigkeit des Rückbaus eben auch eine Verbesserung einmal an den Standorten des Plattenbaus selbst zu schaffen, durch eine Verbesserung der Wohnqualität dort, und andererseits aber eben auch einen gewissen Druck wieder zurück in die Innenstadt zu erzeugen, um dort bestimmte Situationen zu verbessern – Grün, Freiraum, Stellplatzangebote –, vor allem Industriebrachen wegzunehmen.

.....

*Und wenn es nun zu viel Häuser gibt, was ist dann besser: Mal irgendwo ein einzelnes Haus heraus zu nehmen, die obersten Stockwerke rückzubauen oder gleich ganze Stadtteile wie hier in Erfurt komplett abzureißen? Arbeiten Sie an einem dieser Projekte?*

Wir arbeiten als Büro in verschiedenen Thüringer Städten: Saalfeld, Meiningen, Ilmenau, Ruhla und auch in Erfurt, speziell mein Kollege, Dr. Wilke. Es gibt selbstverständlich gerade hier in Erfurt bestimmte Überlegungen im Rahmen der Wohnungsmarktstabilisierung. Das ist nicht ganz einfach. Und die Ergebnisse von solchen Planungsläufen stehen dann auch in der Presse, auch wenn sie da nicht reingehören, wenigsten nicht zu diesem Zeitpunkt. Es gibt jedoch keine Patentlösung.

Es gibt Standorte, die waren im Laufe ihrer Entwicklung nachverdichtet worden. Es ist sicherlich richtig, dort, wo z.B. ein einzelner Block irgendwo an ein Meanderende in ein Quartier hinein angedockt wurde, diesen komplett heraus zu nehmen, um damit eine Auflockerung zu erzeugen. An anderen Standorten kann es durchaus sein, dass der Städtebau an sich in Ordnung ist, die Netze usw. funktionieren. Jedoch kann es unter dem Gesichtspunkt, dass eine gewisse Asozialisierung ab dem 4. Obergeschoss eintritt, durchaus berechtigt sein zu sagen: Der Städtebau ist in Ordnung, aber wir reißen die 5. und 6. Etage weg.

Ebenso kann es in bestimmten Bereichen, wo keiner mehr hin will – vielleicht wegen ihres unmöglichen Umfeldes – durchaus erkennbar sein, dass irgendwelche Umbauszenarien oder Sanierungs- und städtebauliche Programme nicht funktionieren werden.

*Der Rückbau kostet Geld. Wer soll das bezahlen? Die Wohnungsbaugesellschaften, denen die Häuser gehören? Oder gibt es eine Umlage auf alle oder die Politik wie immer?*

Es gibt ein Landesprogramm in Thüringen. Da sind 18 Millionen DM für 2001 vorgesehen, und für 2002 stehen 19 Millionen DM zur Verfügung. Es gibt für den Quadratmeter rückgebaute Wohnfläche 100 Mark, für das Umfeld – also Wiederherstellung des Freiraumes - 50 Mark.

Die Realkosten für den Rückbau mit der Abrisschere liegen bei 80 Mark pro Quadratmeter Wohnfläche. Das sind die reinen technischen Kosten. Da ist kein Unzugsmanagement dabei, ebenso wenig Planung oder andere Aufwendungen. Auf der Basis dieser Förderung lässt sich nur eine der von mir eben genannten Möglichkeiten des Rückbaus sozusagen im Folgeförderbereich realisieren. Wenn ich also den Mix anwende - und der ist einfach notwendig - aus allen Formen, also geschoss- und segmentweisen Rückbau, um irgendwo Lücken zu schaffen und Durchblicke zu erzeugen, z. B. an Hangsituationen wie am Erfurter Wiesenhügel, da steht die erste Reihe wie die Chinesische Mauer mit Blick zur Stadt und dahinter ist Schluss. Also dort ist es einfach notwendig, mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Und dazu gibt es neu das Bund-Länder-Programm. Da, denke ich, sagt die Politik nachher noch etwas dazu.

*Herr Professor Hassenpflug, das Thema Schrumpfung ist - wir haben es ja mehrfach gehört – nicht das einziges im Lande. Aber wie gehen denn die Thüringer mit diesem Thema um, wenn Sie es im Vergleich mit anderen deutschen Regionen sehen?*

Es ist ja heute bereits deutlich geworden, dass diese Schrumpfungproblematik nicht nur ein Thüringer Problem ist, sondern sie betrifft alle neuen Bundesländer. Aber wir haben eine solche Entwicklung auch im Westen. Also ich denke beispielsweise an die Stadt Pirmasens in der Südpfalz, einst ein Zentrum der deutschen Schuhindustrie, deren Zusammenbruch dort bis heute nicht verkraftet ist.

Solche Probleme haben wir in jenen Regionen, die die Restrukturierung der Industrie bisher nicht hingekriegt haben.

Dieser Tage hatte ich Gelegenheit gehabt, eine Grundsatzrede des Innenministers Köckert zu hören, und zwar bei uns in Weimar, an der Europäischen Urbanistik hatten wir einen Kongress, dort hat er die Position der Landesregierung vorgetragen, und ich finde, dass die in die richtige Richtung geht. Die Politiker erkannten den Rückbau als Chance zur Qualitätsverbesserung der thüringischen Städte.

Es ist auch klar, dass gerade in den Thüringer Städten ein besonderes Entwicklungspotential steht. Es gibt kaum ein anderes Bundesland, das über so ein phantastisches Erbe an Residenzstädten mit solchen Anmutungsqualitäten verfügt, und ich glaube, dass der Freistaat Thüringen künftig noch sehr viel mehr machen sollte aus diesem noch viel zu sehr ruhenden Imagepotential.

Eine zweite Sache: Es findet auch eine sehr aktive Diskussion darüber statt, wie Thüringen etwa mit der Zuwanderungsproblematik umgehen sollte, dazu hat es u.a. die Ettersburger Gespräche gegeben. Die Präsidentin des Thüringer Landtages, Christine Lieberknecht, hat das organisiert, und dort wird sehr behutsam und kompetent versucht, diese Sache anzugehen. Also das Land Thüringen, finde ich, macht da eine gute Politik.

*Gut, die Wissenschaft gibt gute Noten, das ist schon einmal erfreulich.*

*Herr Dr. Becherer, wie bekommen Sie denn als Steuerberater den Rückgang der Bevölkerungszahl zu spüren? Kommen jetzt weniger Leute, die Kinderfreibeträge eingetragen haben wollen? Merken Sie den Bevölkerungsrückgang oder nicht?*

Der Bevölkerungsrückgang ist in unseren Büros auch zu bemerken. Weniger an der Zahl der Kinderfreibeträge. Deutlicher wird dieser Vorgang eigentlich im Bereich der Abwanderung. Es ist schon in den Kanzleien festzustellen, dass eine Reihe von Mandanten, die bisher hier tätig waren, zu irgendeinem Zeitpunkt in ein anderes Bundesland gehen, weil sie dort eine Tätigkeit gefunden haben, dann zum Teil auch noch über eine gewisse Zeit in Kanzleien hier in Thüringen beraten werden, sich daran halten oder sich dann möglicherweise auch trennen.

*Herr Dr. Gröschel, merken die Ärzte, dass wegen der sinkenden Einwohnerzahl weniger Patienten kommen, oder wächst erst Mal noch der Betreuungsaufwand, weil die Menschen ja auch alle im Durchschnitt älter werden?*

In den Arztpraxen sieht es also durchaus noch so aus, dass die gut gefüllt sind, fast zu gut gefüllt. Das hängt aber mit dem erhöhten Betreuungsaufwand zusammen. Es gibt Statistiken, die sagen, dass ab dem 60. Lebensjahr jedes Jahr zählt, wo dann also der Bedarf an Pflege und Behandlung wächst, und oberhalb der 70 nimmt es noch rasant zu. Da unsere Bevölkerungspyramide kopflastig ist, haben wir also mit diesem Problem zu kämpfen. Das heißt, es wird in den Thüringer Praxen mehr gearbeitet als im Durchschnitt in Deutschland.

*Und nicht nur die Bevölkerungsstruktur ändert sich, sondern ja auch offenbar der Aufbau der Ärzteschaft. Sie sagten vorhin, Sie haben etwa 3.500 Ärzte in Thüringen, Vertragsärzte, Kassenärzte in der Umgangssprache. Entspricht das ungefähr dem Bundesdurchschnitt in Relation zur Bevölkerung?*

Nein, das liegt deutlich unter diesem Bundesdurchschnitt. Wir haben im allgemeinmedizinischen Sektor eine Versorgung von etwa 800 Patienten pro Arzt, in Thüringen sind es etwas über 1.000. Das bedeutet also, dass hier einfach die Anforderungen höher sind. Nehmen Sie die alte Altersstruktur, dann wissen Sie, warum wir gegenüber den Altländern bei 114 Prozent mit unseren Leistungen liegen.

Das zweite ist natürlich auch die Altersstruktur der Ärzte, die ich an diesem Punkt kurz mit ansprechen sollte. Wir sind deutlich überaltert. Das Durchschnittsalter liegt bei uns höher als 51 Jahre. Die Methusalems unter den Ärzten sind die Kinderärzte, die sind glatte 53, und dann folgen straffen Schritten die Allgemeinmediziner mit 52,7. Wir haben letztendlich 140 Ärzte, die, älter als 65 Jahre, noch tätig sind und haben 590 Ärzte in der Alterskategorie zwischen 60 und 65, die in den nächsten 5 Jahren ausscheiden werden. Dummerweise lauert hinter dieser Kategorie 55 bis 60 noch Mal die gleiche Summe von etwa 590, so dass wir im Laufe der nächsten zehn Jahre mindestens 1.000 Ärzte ersetzen müssten.

.....

*Und was bedeutet das dann für die Gesundheitsversorgung hier in Thüringen und für den Arbeitsmarkt, weil ja in jeder Arztpraxis der Arzt nicht nur alleine arbeitet, sondern die Helferin dabei ist und u.a. Laborleistungen dazukommen?*

Es reißt große Löcher in die allgemeine Betreuung der Patienten. Es sind jetzt schon Löcher in den Randgebieten zu bemerken. Die Zahl der Arbeitsplätze, insbesondere das mittlere und medizinische Personal, ist ja von Haus aus in Thüringen schon dünner. Wir haben stets eine Kraft weniger als in vergleichbaren Praxen der alten Bundesländer. Und es werden also doch etliche Praxen nicht mehr weitergeführt werden. Sie werden aufgrund der Altersstruktur geschlossen, zumal wir auch einige Probleme mit der Wiederbesetzung haben – da geht es um finanzielle Dinge.

*Aber Ärzte gelten doch immer als so reich. Medizinstudium ist ja immer so begehrt. Warum stürzen denn jetzt nicht Heerscharen von Nachwuchsmedizinern auf diese freien Praxen, übernehmen die und kaufen die für gutes Geld ab?*

Das Problem liegt darin, dass die Gesamtvergütung der Ärzte sich auf einem historischen Niedrigstand befindet. Wir bekommen glatte 76,5 Prozent dessen, was also in den alten Ländern an Gesamtvergütung herübergereicht wird, Das heißt: Ein knappes Viertel weniger. Um es einmal zu beschreiben, was das bedeutet: Wenn man in einer Ecke sitzt, sagen wir mal Heldburg, das ist so der südlichste Zipfel von Thüringen, da bekommt der Doktor für die Arbeit, die er leistet, eben einfach ein Viertel weniger, als der, der nur einen paar Kilometer weiter im bayrischen Rodach niedergelassen ist. Unterm Strich kann man in einer Arztpraxis heutzutage nicht genug verdienen, um sie also einzurichten, abzubezahlen, sie eventuell von jemandem zu kaufen. Der Verdienst reicht einfach nicht aus.

Es gibt ein paar Zahlen aus Brandenburg, die sagen, der Durchschnittsverdienst eines Arztes in eigener Niederlassung liegt bei ca. 4.000 Mark. Also damit können Sie keine großen Sprünge machen, wenn Sie davon noch viel abgeben. Das reicht dann nicht, um die Praxis zu übernehmen.

*Und als Sie oder Ihre Kollegen so vor ungefähr zehn Jahren den Schritt in die Selbständigkeit planten, mit was für einen Punktwert haben Sie da kalkuliert? Also Punktwert, mit dem man Ihre ärztliche Leistung in Pfennigen vergütet? Sie sammeln ja viele Punkte, da werden es auch viele Pfennige. Und welchen haben Sie heute ungefähr erreicht?*

Als erster niedergelassener Arzt in unserem Kreisgebiet habe ich einen Punktwert von 6,1 Pfennigen bekommen. Und das war ein ungedeckelter Punktwert. Jede meiner Leistungen wurde also auch honoriert, und heraus kam ein Verdienst der je nach Anzahl der behandelten Fälle zwischen 6.000 und 8.000 Mark gelegen hat. Das war natürlich eine sehr gute Sache, und wir hatten eine Perspektive, dass wir uns also in Richtung 10 Pfennig pro Punkt entwickeln sollten. So war es in etwa vorgesehen. Spätestens in zehn Jahren, hieß es, habt Ihr das erreicht. Leider ging es also nach drei Jahren dann abwärts.

Dann bekamen wir sozusagen die gedeckelte Vergütung. Heute bewegen wir uns in den budgetierten Punktbereichen bei 5 und bei 6 Pfennigen und in den unbudgetierten Bereichen bei sage und schreibe 3,4 Pfennigen pro Punkt. Wenn sich jedoch eine Investition amortisieren soll, muss der Punkt 10 Pfennige bringen, damit man also gut existentiell über die Runden kommt. Und genau das funktioniert nicht. Deshalb geht hier keiner der jüngeren das Risiko ein die Praxen der älteren Kollegen zu übernehmen.

*Ganz kurze Frage und ganz kurze Antwort: Haben Sie jetzt noch eine Idee, wie man das besser machen kann - am besten so, dass ich als Versicherter nicht noch höhere Krankenkassenbeiträge zahlen muss und dass dann nicht noch die Krankenhäuser Grund zum Klagen haben, weil denen was weggenommen wird und weil sie vielleicht Umverteilung wollen, weg von dem Arzneimittelbudget? Gibt es denn überhaupt eine Lösung?*

Es gibt sehr unterschiedliche Dinge. Zum Beispiel wird ja das Krankenhaus im Gegensatz zu uns bereits mit 100 Prozent bezahlt. Die Möglichkeiten liegen eigentlich nur auf der politischen Schiene, dass man diese Schere, die sich immer weiter aufgetan hat, wieder schließt. Wir haben beantragt, dass wir unsere Entgelte um zwei mal 5 Prozent steigern, damit wir wenigstens ein wenig in die Nähe der

gezahlten Honorare in den Altländern kommen. Dieser Antrag ist aber in der Politik nicht durchgekommen. Wir haben jetzt - Sie werden es ja alle wissen - eine gesetzliche Regelung, die zwar nicht im Zusammenhang mit dem Wohnortprinzip zu sehen ist, jedoch eine Honorarsteigerung von 6 Prozent maximal in drei Jahren ermöglicht. Allerdings unter der Voraussetzung, dass im Bereich der Kassen Gelder eingespart werden. Und da genau sehe ich schwarz: Wir können zwar verhandeln wie die Weltmeister, aber wo kein Geld ist, werden wir auch kaum etwas herauskriegen. Auf der politischen Ebene und innerhalb der Ärzteschaft gibt es eigentlich nur die Möglichkeit von Rationierung, also Budgetierung zum Beispiel von Fachrichtungen, die bisher unbudgetiert gewesen sind, und das bedeutet unterm Strich schlechtere Versorgung, weniger Anwesenheit für den Patienten. Und das soll eigentlich nicht das Ziel sein.

*Wenden wir uns jetzt noch einmal einen anderen Thema zu: Warum gibt es so wenig Kinder? Herr Erfurt, Sie arbeiten ja in einem jungen Büro, wie ich gesehen habe, da könnten Sie es ja vielleicht wissen. Was müsste getan werden, damit heute wieder mehr Menschen den Mut fassen, Verantwortung für Kinder zu übernehmen?*

Theoretisch weiß ich das, was man da machen müsste. Nur meine ich, dass der Punkt nicht so sehr eine Frage der Architektur und des Städtebaus ist, sondern hier geht es sicherlich mehr um die Frage von Standortfaktoren. Wir haben das heute gehört, dass letzten Endes in einer Familie die Entscheidung darüber, ob sie bleibt oder nicht, umzieht oder nicht und wie viele Kinder sie hat, eben die Frau entscheidet. Letztlich bin ich schon der Meinung, dass die Politik aufgefordert ist, die Entscheidungsschwerpunkte, die Frauen setzen, in irgendeiner Form wahrzunehmen. Das heißt also Sicherung von Kinderbetreuung. Das sieht eigentlich, gemessen am bundesdeutschen Durchschnitt, in Thüringen nicht so schlecht aus, zumindest rein statistisch. Ob es überall an jeder Stelle so ist, kann ich nicht sagen, aber das spielt mit Sicherheit eine große Rolle. Und flexible Lösungen am Arbeitsplatz spielen dann eben auch eine Rolle. Dass es eben möglich ist, bestimmte gleitende Arbeitszeiten im Büro zu vereinbaren, halte ich für ebenso wichtig.

In der Zeit, in der ich Vater geworden bin und in der Generation davor – wahrscheinlich sogar noch früher – wechselten auf hundert Jahre vier oder fünf Generationen. Heutzutage sind meine weiblichen Mitarbeiter als Erstgebärende locker über 30 Jahre alt. Damit entstehen vom Prinzip her – das ist reine Mathematik – eben nur noch drei Generationen auf hundert Jahre, und dann fehlt da eben irgendwo etwas. Sich so spät für das erste Kind zu entscheiden, da sind soziologische Einflüsse dabei. Das hat auch was mit Lifestile zu tun, mit dem Wunsch, so lange wie möglich viele Freiheiten ausnutzen zu können. Aber das hat eben auch was mit Jobangeboten, mit Sicherheit im Job zu tun.

*Herr Dr. Gröschel, als Arzt sollten Sie ja hören, was die Menschen wirklich denken, denn bei Ihnen sollte man ja ehrlich sein. Was erfahren Sie für Gründe, warum junge Leute nicht so früh oder überhaupt keine Kinder haben möchten?*

Das sind relativ viele gewichtigere größere Gründe. Es sind Unsicherheiten in der Lebensplanung, es sind unsichere Arbeitsplätze. Ich denke da nur an die Bauindustrie, die ganz erheblich Löcher hineingerissen hat. Dann gibt es das Pendlersyndrom. Ein Großteil derjenigen im zeugungsfähigen Alter pendeln durch die Gegend und sind nicht an dem Ort, wo sie das tun sollten, was sie tun müssten. Und dann pflegen sie es auch nicht einzuplanen, dass man da also Abhilfe schafft. Es gibt dann sicherlich auch noch die Karriere, und es gibt natürlich auch noch welche, die sagen: Mein Leben ist ja so kurz, ich bin jung, ich muss was erleben, ich muss reisen, ich brauch ein tolles Auto, und Kinder sind da störendes Beiwerk. Diese Sache wurde eben schon mit Lifestile umschrieben. Ich denke, das sind so die hauptsächlichen Gründe.

*Herr Dr. Becherer, wie steht es denn mit den fiskalischen Bedingungen hier in Deutschland, die unser Staat setzt. Sind die eher kinderfreundlich oder eher kinderfeindlich, was Sie so in Ihrer Praxis beobachten?*

Also kinderfeindlich würde ich nicht sagen, es gibt Kinderfreibeträge, Kindergeld, das wird auch wieder im nächsten Jahr etwas erhöht. Aber es ist wiederum auch nicht kinderfreundlich genug. So muss man ja auch daran denken, dass der Gesetzgeber erst durch das Bundesverfassungsgericht in den letzten Jahren dazu aufgefordert werden musste, die steuerliche Freistellung des Existenzminimums für Kinder vorzunehmen auch rückwirkend für die Vergangenheit. Bei allen Maßnahmen, die zum Beispiel für nächstes Jahr wieder greifen sollen wie die Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge, darf man eben auch nicht übersehen, dass einige andere Instrumentarien dafür wieder abgeschafft werden. Zum Beispiel ist die Abzugsfähigkeit des haushaltlichen Beschäftigungsverhältnisses ab nächstem Jahr nicht mehr gegeben. Die Möglichkeit, 18.000 Mark p. a. dafür einzusetzen und steuerlich geltend zu machen, ist gestrichen worden. Der Haushaltsfreibetrag wird schrittweise reduziert, und auch die Ausbildungsfreibeträge sind nicht mehr in dem Maße anwendbar wie bisher. Deswegen denke ich, dass seitens des Gesetzgebers auch hier wieder mehr getan werden müsste, um das ganze System kinderfreundlicher zu gestalten.

*Herr Professor Schmid, mal abgesehen von den Daten und Fakten: Warum wollen wir Europäer, wir Deutsche, heute nicht mehr so viel Kinder wie vorangegangene Generationen, obwohl es uns doch eigentlich politisch und ökonomisch unvergleichlich besser geht als den Generationen der Väter und Groß- und Urgroßeltern?*

Früher war die Zahl der überlebenden Kinder gleichzeitig die Zahl der Altersversorgung und Existenzsicherung in der zweiten Lebenshälfte. Deshalb wollten Eltern immer mindestens drei überlebende Kinder haben. Die Kindersterblichkeit war hoch, man brauchte durchschnittlich sechs bis sieben Geburten, damit dieses Überlebenssoll an Kindern erfüllt war.

Nachdem die Kindersterblichkeit gesunken war, wurde dieses generative Verhalten, wie wir sagen, beibehalten. Bis zur Mitte des vergangenen Jahrhunderts hatten wir noch eine langsam wachsende Bevölkerung.

Nun haben der Sozialstaat, die großen Sozialbürokratien, diese Existenzsicherung übernommen, und der Mensch unseres Zeitalters kann sich so verhalten wie jener, der einen Scherz über das Atomkraftwerk macht und sagt: Ich brauche kein Kraftwerk, ich hole den Strom aus der Steckdose. Ich beziehe ohnehin meine sozialen Kosten, die ich mache. Ich habe Ansprüche – politisch, bürokratisch, verwaltungsrechtlich – und muss mir meinen eigenen Beitrag zum Erhalt des Gesamtsystems eigentlich nicht mehr zurechnen lassen. Das ist eines der größten Probleme geworden.

Das zweite Problem ist, dass mit steigenden Qualifikationsstufen auch die Arbeitsplatzsuche schwieriger geworden ist. Diese Symptome, die die Herren Kollegen hier am Podium schon geäußert haben, liegen bereits vor. Lebensunsicherheit kommt hinzu, das heißt, es ist heute schwieriger, die eigenen Kinder und sich selbst auf einem Arbeitsmarkt dauerhaft zu positionieren als das in früheren Zeiten mit einem stabilen großen Handwerkssystem und einer städtischen dauerhaften Form, etwa des Mittelstandes, noch möglich war.

*Herr Professor Sedlacek, wir haben ja schon gehört, es gibt individuelle und politische Gründe, die Bevölkerungswachstum bestimmen. Kann man denn sagen, welche überwiegen - sind es mehr die politischen Gründe oder mehr die individuellen, den Familienpolitikeigennutz in den eigenen vier Wänden zu betreiben?*

Das ist schwer zu beantworten. Ich denke, das ist eine Mischung von beidem. Gern würde ich noch einmal daran anknüpfen, was Herr Schmid gerade in seinem ersten Punkt gesagt hat. Wir haben ja diesen berühmten Generationenvertrag. Und Generationenvertrag heißt eigentlich: Ich zahle eine Reproduktionsrate als Prämie und kriege eine Rente hinten raus. Wir sind heute in einer Situation, die Sie sich bei keiner Krankenversicherung oder sonstigen privaten Versicherung leisten können. Wenn Sie Ihre Prämie nicht zahlen, fliegen Sie aus der Versicherung raus. In unserem Sozialstaat zahlen Sie Ihre Prämie nicht und ebenso wenig passiert. Jemand, der seine Prämie in den sogenannten Generationenvertrag nicht einzahlt, geht völlig sanktionsfrei daraus hervor. Und die anderen müssen zusehen, wie sie zurechtkommen.

.....

*Es ist aber auch schwierig, diese Art von Prämie einzufordern, die Sie verlangen.*

Man kann dann natürlich für einen solchen Vertrag Kompensationen einfordern. Das hieße also: Durch jene, die ihr Einkommen anderweitig als für die Ausbildung von Kindern bezahlen – es gibt ja sehr hohe, bis zu sechsstellige Summen, die für die Ausbildung eines Kindes aufgewandt werden –, sollen diese Ausgaben kompensiert werden. Das ist ganz wichtig.

Und vielleicht noch ein zweiter Gesichtspunkt: Wir sind ja im Augenblick dabei ein wenig umzuschaukeln, wir gehen jetzt mehr auf Eigenvorsorge. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung hat diese Eigenvorsorge einen Knickpunkt, der meines Erachtens nicht diskutiert wird. Wenn nämlich die Bevölkerung demnächst zurückgeht, dann können Sie heute zwar so viele Aktien ansparen wie Sie wollen. Jedoch in 40 Jahren, wenn Sie die Ersparnisse benötigen, ist möglicherweise der Aktienmarkt auf Grund fehlender Käufer sehr viel kleiner. Das heißt also, Ihre Aktien nehmen nicht mehr diesen Wert an, und Sie haben mit Ihrer Vorsorge möglicherweise ein so ähnliches Problem wie heute bereits bei der öffentlichen Rentenversicherung. Das ist ein Punkt, der im Augenblick noch nicht so gesehen wird. Wenn man jedoch das ganze, also Generationenvertrag und diese Geschichte, mal ökonomisch aufrollt, stellen sich dahinter ein paar dicke Fragezeichen.

*Herr Professor Schmid, wenn Sie von Bamberg gen Norden blicken, wie nehmen Sie Thüringen wahr? Merken die Franken, dass es da Nachbarn gibt im Norden, lächeln oder bewundern Sie die Nachbarn?*

Es tut den Bayern leid, dass es ihnen 1990 nicht gelungen ist, Thüringen zu ergattern. Man hat das ja schon einmal nach dem 1. Weltkrieg versucht, und es ist mit Coburg gelungen durch eine große Volksabstimmung. Seitdem geht es Coburg ganz gut, weil es mit diesem Abstimmungsergebnis besonders Subventionen herausgeschlagen hat, die bis heute gelten. So gesehen ist das, was die Schweizer zum österreichischen Land Vorarlberg sagen, der Kanton, übrig. Also nimmt man das wahr von diesem Standpunkt territorialer Begehrlichkeit.

Ansonsten – ich bewege mich ja etwas im Bildungsbürgertum, notgedrungen – ist es richtig, was hier laufend gesagt wird von der Kulturlandschaft. Wir sind heute noch nicht durchgekommen mit dieser Fülle, mit dieser kulturellen Dichte. Mit der Wiedervereinigung fiel es uns wie Schuppen von den Augen, dass das kulturelle und geschichtliche Herz Deutschlands eigentlich hier schlägt. Das haben wir so langsam begriffen und werden allmählich mehr zu Thüringen- und Sachsen-Fahrern und Röcken-Fahrern – bin ich doch auch gleich dem Nietzsche-Verein beigetreten, damit ich das dann auch immer damit verbinden kann. So gesehen habe ich nur eine positive Meldung zu machen und das gilt – glaub ich – nicht nur für mich.

*Herr Professor Hassenpflug, wenn es um die Einschätzung geht von Ländern, Regionen - sind dann die harten oder die weichen Faktoren wichtiger? Zählt das Bild mittlerweile mehr als die Faktenlage, und wie steht Thüringen da, zum Beispiel mit der Kampagne „Willkommen in der Denkfabrik“?*

Ich habe ja vorhin über die Veränderung unserer Gesellschaft - also von der Industriegesellschaft zur Informations- und Freizeitgesellschaft - gesprochen. Und im Zuge dieser gesellschaftlichen Entwicklung, dieses großen Trends, kommt es mir so vor, als ob das, was wir bislang als weiche Standortfaktoren wie eben Kultur, Images oder Bildung bezeichnen, in Zukunft eigentlich die harten Standortfaktoren sind. Wir haben so eine Konnotation. Und ich denke, dass da allmählich eine Umwertung dahingehend stattfindet. Und ich kann mich dem nur anschließen, was gerade Herr Schmid gesagt hat. Thüringen hat die Imagepotentiale, die in dieser alten Kernkulturlandschaft Deutschlands stecken, noch nicht hinreichend ausgeschöpft. Da kann noch sehr viel mehr gemacht werden.

*Herr Erfurt, wenn Ihnen die Bürozeit, der Büroalltag dafür Zeit ließe, auch mal große Politik zu machen, hätten Sie dann ein Konzept, wie man Thüringen noch einen entscheidenden Schritt nach vorne bringen könnte? Was vermissen Sie an der Wirtschaftspolitik?*

Das entscheidende Konzept habe ich selbstverständlich nicht. Bei Wirtschaftspolitik fällt mir zuallererst Steuerpolitik ein, aber die wird bekanntermaßen nicht auf der Landesebene gemacht. Ich denke, dass zum Beispiel zur Frage nach der Bezahlbarkeit der Stadtumbau- und Stadt-sanierungsprogramme und der Wohnungsmarktstabilisierung bisher – glaube ich – gute Ansätze da sind. Die jedoch sind meiner Meinung nach noch nicht weitreichend genug und werden unter Umständen auch so, wie sie im Moment angedacht sind, nicht reichen. Und zwar aus einem einfachen Grund: Sie können im Moment nur die Vertreter der großen Wohnungsunternehmen an einen Tisch bekommen. Die jedoch repräsentieren nicht den gesamten Wohnungsmarkt. Der wird von vielen Privatpersonen repräsentiert. Das heißt also, dass Sie mit drei oder vier Partnern reden, wo eigentlich - ich sag Mal - 200 sitzen müssten.

Natürlich können Sie mit dem Einzelnen, der ein Haus hat, nicht darüber reden, dass gerade sein Haus abgebrochen werden müsste, damit die Straße schöner wird. Das erzeugt auf der anderen Seite auch, gerade bei den großen Unternehmen, eine sogenannte Mikado-Haltung: wer sich zuerst bewegt, hat verloren.

Und es ist natürlich auch ein bisschen so: Wenn die Förderung nicht ausreicht, wie komme ich dazu, abzureißen, um den Wohnungsmarkt zu verbessern, an dem ich nicht mehr teilnehme?

Meine Idee an der Stelle ist eine irgendwie geartete Wohnungsmarktabgabe. Daran sollten alle in dem Maße beteiligt werden, wie sie auf dem Wohnungsmarkt vertreten sind, also gemessen an ihrer Wohnfläche in Quadratmetern. Es gibt ja Einnahmequellen des Staates, die sich dazu eignen. Ich denke da an Grundsteuern, zumindest in Teilbereichen.

Und ein zweiter Ansatz: Wenn es möglich war die Werftindustrie mit Sonderabschreibungsmodellen für Tanker zu stabilisieren und wenn es möglich ist die Kohle zu subventionieren, wo keine Kohle gefördert wird, dann kann man sicherlich auch irgendwo Modelle schaffen, die den Stadtumbau Ost unterstützen.

*Herr Dr. Becherer, was Wirtschaft betrifft, sind Sie ein Mann der Praxis. Wie geht es denn dem Thüringer Unternehmer und Unternehmen, wer und was hat sich in den vergangenen Jahren gut bewährt, gut entwickelt, und wer nicht?*

Die Entwicklung ist schon differenziert einzuschätzen. Gut entwickelt haben sich natürlich Unternehmen, die den Markt studiert, sich am Markt orientiert haben, die z.B. auf moderne Technologien gesetzt und sich da auch innovativ verhalten haben. Die sind auch erfolgreich, natürlich gepaart mit gutem unternehmerischen Geschick und der nötigen Portion Glück. Solche Unternehmen gibt es in Thüringen natürlich und die tragen auch irgendwo den Mittelstand. Es gibt aber ebenso starke Problembereiche. Ich sehe da vorrangig den innerstädtischen Handel, die kleinen Geschäfte. Es wurde ja auch heute schon besprochen, die Entwicklung der Innenstädte, die Verlagerung der Handelszonen an den Stadtrand. Die Großmärkte, die dort stehen, sind natürlich ein sehr großes Problem für die kleinen Händler in der Innenstadt, und gerade das baut ja dann auch die Qualität der Innenstädte ab. Zum anderen sehe ich auch im handwerklichen Bereich große Probleme, wo es vielen Firmen nicht besonders gut geht.

*Und die Fördermittel. Wie wichtig sind die für die Thüringer Unternehmen und wie lange werden die die Fördermittel noch brauchen?*

Fördermittel sind schon noch wichtig für die Thüringer Unternehmen, weil einfach die Eigenkapitaldecke noch nicht so stark ist, wie es für die Führung von Unternehmen notwendig ist. Ich glaube, das wird auch noch über einen längeren Zeitraum so bleiben, also fünf bis zehn Jahre auf alle Fälle.

*Welche Förderprogramme haben sich denn bisher besonders bewährt. Ist es zum Beispiel gut einen festen Zuschuss zu geben oder ist es besser einen Anreiz zu setzen über den Steuervorteil?*

Beides ist wichtig. Steuerliche Gestaltungsinstrumente sind sehr wichtig, um die Liquidität im Unternehmen zu schonen, um Potenzial für eigene Investitionen aufbauen zu können. Ich denke da zum Beispiel an Sonderabschreibungen, die im eigenen Unternehmen sicher wichtiger sind. Ich komme auf Herrn Erfurt zurück: Wie für Schiffe, die irgendwo auf dem Meer rumschwimmen, so ist die Sonderabschreibungsmöglichkeit für den Unternehmer, der die Investi-

tionen selbst im eigenen Unternehmen durchführen muss, schon sehr wichtig. Genauso die Bildung von Ansparrücklagen. Aber auch Zuschüsse sind eben wichtig, weil in der Darstellung gegenüber der Bank damit natürlich die Eigenkapitalsituation einer Investition wesentlich günstiger dargestellt werden kann.

*Verstehen die Banken den Mittelstand und empfehlen Sie Unternehmen, mit denen Sie zu tun haben, eher zu einer Großbank zu gehen od. einer Bank mit regionaler Anbindung, einer Volksbank oder Sparkasse?*

Eine Bank versteht dann die Probleme des Unternehmers am besten, wenn der gleich selbst die Lösungsmöglichkeiten dafür mitbringt. Klar. Schwierige Situationen lassen sich nur überbrücken, wenn Lösungsmöglichkeiten dafür aufgezeigt werden. Zu welcher Bank man gehen sollte, hängt natürlich auch von der Unternehmensgröße, von der Art der Investition usw. ab. Natürlich haben die lokal ansässigen Banken in letzter Zeit gerade auch für die ortsansässigen kleinen Unternehmer nötiges Potenzial zur Beratung schon vor Ort, während Großbanken sich ja teilweise im Filialgeschäft einschränken.

*Und die Bank mit regionaler Anbindung tut im Zweifel auch mehr für die Regionalförderung?*

Ich denke ja.

*Und noch eine abschließende Frage hier an Sie, wieder ohne Namen nennen zu müssen. Wie viele Mandanten haben Sie und wie viele davon haben denn ökonomisch den Durchbruch geschafft?*

Ja, die Zahl der Mandanten, ich sag jetzt Mal: ca. 200 selbständige Mandanten werden in meiner Kanzlei betreut. Die Frage nach dem Durchbruch ist natürlich jetzt zurückzufragen, wie definiert man den Durchbruch? Legt man die Meßlatte relativ hoch und sagt, nachhaltig effektiv arbeiten, nachhaltig rentabel arbeiten, Mittel zur Verfügung haben, um aus eigener Kraft Investitionen durchführen zu können, würde ich sagen vielleicht 20 bis 25 Prozent. Während, wenn man den Durchbruch etwas niedriger ansetzt, ein Unternehmen so führen zu können, dass man gerade oder einigermaßen davon leben kann, würde ich sagen 60 Prozent. Aber 40 Prozent der selbständigen Mandate sind doch mit erheblichen Gefährdungen in der gegenwärtigen Situation einzuschätzen.

*Herr Professor Sedlacek, wo steht denn Thüringen infrastrukturell, ökonomisch zehn Jahre nach der Wiedervereinigung? Ist das Land attraktiv und was müsste es tun, um noch attraktiver zu werden?*

Thüringen steht im Vergleich mit den anderen ostdeutschen Ländern relativ gut da. Ich denke, bei der harten Infrastruktur sind wir ein gutes Stück weiter.

Wir haben in der Forschungstechnologieszene gute Fortschritte gemacht mit der TU Ilmenau, Bauhausuniversität Jena, mit Fachhochschulen. Wir haben eine vielfältige Kultur- und Theaterlandschaft, allerdings auch eine kostspielige, aber da arbeiten wir, glaube ich, im Augenblick dran.

Probleme bestehen meines Erachtens in Ostthüringen. Das ist sehr deutlich und dem müsste mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Was uns zum Beispiel hier in Thüringen fehlt, das sind beispielsweise großflächige Gewerbeansiedlungsgebiete und Industriegebiete. Ein größeres Werk wie BMW Leipzig hätten wir in Thüringen im Augenblick nicht ansiedeln können, weil wir einfach nicht über derartig große Flächen verfügen. Aber auch das ist ein Thema, an dem im Augenblick gearbeitet wird.

Und vielleicht würde nicht nur Thüringen auch dadurch attraktiver, dass gerade Ihre Mandanten, Herr Becherer, beispielsweise nicht derartig komplizierte Steuerformulare ausfüllen müssten und nicht derartig komplizierte Förderanträge stellen müssten, sondern dieses alles ein bisschen runtergefahren würde. Wenn wir die Steuern runterführen und die Transaktionskosten vermieden, die im Finanzamt, in der Finanzverwaltung auftauchen, ginge es uns allen ein bisschen besser.

.....

*Nun möchte ich noch den drei Freiberuflern hier auf dem Podium wie versprochen Gelegenheit einräumen zu sagen, was sie sich wünschen, weil ja auch Politiker hier sind, ihren Wunschzettel zu schreiben, vielleicht stichwortartig ihre drängendsten Sorgen und ihre wichtigsten Forderungen. Wollen Sie gleich anfangen Herr Erfurt?*

Es geht darum Geld umzulenken, das bereits eingenommen ist. Ansonsten denke ich genauso wie mein Vorredner, dass entscheidende Fragen mit der Finanz- und Steuerpolitik in Angriff genommen werden und dass hier meiner Meinung nach auch wirklich die Ansatzpunkte drängend und permanent nachgebohrt und nachgefasst werden müssen.

Herr Dr. Gröschel.

Ja unser größtes Problem ist diese nichtbestehende Angleichung West/Ost. Wir werden bei gleicher Leistung halt mit 25 Prozent weniger Aufwendungen pro Patient abgespeist.

Unser erster Wunsch ist: Mehr Geld ins System. Und da fordern wir die Politik auf, unser berechtigtes Anliegen auch zu unterstützen.

Das zweite ist eine Qualitätsfrage. Wir haben Probleme mit der Aus- und Weiterbildung. Wir haben zum Beispiel für Allgemeinärzte keinen Lehrstuhl in diesem Lande, diesen möchten wir sehr gerne errichten. Das, was unsererseits über die kassenärztliche Vereinigung zu tun ist, das werden wir tun, aber der Rest ist natürlich über das Bildungs- und das Sozialministerium zu tun.

Mein dritter Wunsch wäre etwas weniger Reglementierung durch die Politik und durch die Kassen. Es kann doch nicht sein, dass man aller fünf Minuten von einem Extrem ins nächste geworfen wird.

*Herr Dr. Becherer, auch noch Ihre Wunschliste bitte!*

Wir Steuerberater haben in der Kompliziertheit des gegenwärtigen Steuerrechts genug zu tun und keine Angst, bei gewissen Vereinfachungen, die vielleicht doch irgendwann mal kommen können, zu wenig zu tun zu haben. Unser Interesse liegt auf jeden Fall darin, ein transparenteres Steuerrecht zu haben, um auch mit den Mandanten besser arbeiten zu können. Denn das, was gegenwärtig im Steuerrecht produziert wird, ist ja für den Allgemeinbürger kaum noch verständlich.

Wir wünschen uns ein allgemeinverständliches und transparentes sowie leistungsförderndes Steuerrecht, das auch Steuergerechtigkeit garantiert, zum Beispiel im Hinblick auf die Unterschiede, die jetzt geschaffen wurden in der Besteuerung von Kapitalgesellschaften gegenüber Einzelunternehmen und Personengesellschaften. Hier muss einfach was getan werden.

Sie wissen: Neue Steuergesetze sind geschaffen worden wie die Bauabzugssteuer. Hier wälzt der Staat seine eigentlichen Aufgaben wiederum auf die Steuerbürger ab, um hier auch schneller Steuergelder eintreiben zu können. Das bedeutet zusätzliche finanzielle Belastungen für die Unternehmen, zusätzliche Bürokratie. Da sind wir dagegen. Hier wünschen wir uns Vereinfachung. Natürlich wünschen wir uns auch einen Schutz des steuerberatenden Berufs. Da sind starke Diskussionen im Gange, einmal im Hinblick auf die Wahrung des Berufsgeheimnisses, das ja erfreulicherweise noch für Steuerberater gilt. Zum anderen wehren wir uns natürlich auch gegen die Unterwanderung unserer Aufgaben durch gewerblich tätige. Es müsste im Interesse des Gesetzgebers sein, dass die Steuererhebung von qualifizierten Beratern getragen wird. Der Steuerberater investiert sehr viel in seine eigene Ausbildung und in die seiner Mitarbeiter. Deshalb wünschen wir uns, dass auch von der Seite des Gesetzgebers die Vorbehaltsaufgaben des Steuerberaters wieder etwas enger gesehen werden.

.....

*Herr Dr. Werner, Sie hatten eine Frage:*

Wir haben heute erfahren, dass die Problematik insgesamt sehr vielschichtig, sehr komplex ist und einen breiten Dialog voraussetzt, um letztlich in konkrete politische Aktivitäten umgemünzt zu werden. Ich denke, das ist auch erforderlich. Deshalb meine Fragen an die Herren Professoren, die wir heute dankenswerterweise unter uns haben: Wie schätzen Sie die Erfahrungen mit diesem Dialog oder hinsichtlich dieses Dialogs mit den Politikern ein? Gibt es diesen Dialog überhaupt schon oder was muss dafür getan werden, damit Ihr breites Wissen, das Sie auf diesem Gebiet durch empirische Forschung und Auswertung erlangt haben, in innenpolitische Aktivität umgemünzt werden kann?

*Dankeschön. Jetzt haben wir Herrn Dr. Moschkau.*

Meine ganz konkrete Frage richtet sich an Herrn Professor Schmid. Sie haben heute Vormittag in Ihrem Vortrag ganz eindrucksvoll die Auswirkung auf die Bevölkerungsentwicklung durch den Pillenknick und auch durch den „Honeckerbuckel“ gezeigt. Sie haben aber auch gesagt, dass in Frankreich, Schweden, in den nordischen Ländern oder in Großbritannien von einer Frau noch durchschnittlich 1,5 bis 2 Kinder geboren werden. Wir haben ja auch schon darüber gesprochen und diskutiert, was für Ursachen hiermit zugrunde zu legen sind: Lifestile etc. Im Grunde fand ich die Idee ganz gut, die da kam, über steuerliche Maßnahmen das Singledasein doch etwas zu verändern und nicht zu versüßen. Welche Vorschläge haben Sie oder welche Kenntnis haben Sie von den Ländern, wo die Geburtenrate doch deutlich höher ist? Was kann man übernehmen, was kann man den Politikern sagen? Früher hieß es hier immer: Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen. Vielleicht können wir jetzt mal von den Franzosen oder den Schweden lernen?

*Antworten Sie bitte, Herr Professor Schmid?*

Ich bin sehr dankbar für die Wortmeldungen, die erste (Bezug auf das Statement von MdB Cornelia Pieper s. S. 78), das temperamentvolle Statement. Es ist durchaus richtig: Thüringen hat 1999 ca. 30.000 Menschen verloren und davon allein 22.000 bis 25-Jährige. Also das ist ungefähr das Maß. Es stimmt auch, dass Frauen und Mädchen eher in Bamberg, München oder Berchtesgaden eine Anstellung erhalten. Wenn Sie wollen, finden Sie dort im ganzen Handelsbereich ostdeutsche Mädchen und Frauen.

Dialog mit der Politik ist eine sehr heikle Frage. Ich habe mich in den 25 Jahren, in denen ich in dieser Thematik stecke - wie gesagt seit meiner Assistenten- und Dozentenzeit und noch während der Zeit der deutschen Teilung -, eigentlich über die FDP recht geärgert. Denn die hat das überhaupt nicht interessiert, das Thema, absolut nicht. Das Idealbild der westdeutschen kapitalistischen FDP war die Assistentin der Geschäftsführung mit Nadelstreifenkostüm und mit einem Appartement in Spanien oder irgendwo.

Ihre jetzige Sichtweise, weg von dem Typus hin zu dem Zusammenhang zwischen Familienpolitik und Beschäftigungspolitik, finde ich sehr wichtig.

Richtig ist auch der Angriff auf die Ausbildungsprämie, die mehr oder weniger eine Wegzugsprämie aus dem Lande ist, tatsächlich. Damit wird dem Mittelstand, dem Selbstständigen, hier nicht aufgeholfen.

Zur Prämierung der Kinderlosigkeit hat der große Sozialpolitiker Oswald von Nel Bräuning, der Jesuit, der seiner eigenen Kirche immer so viel Sorgen bereitet hatte mit seiner Direktheit und 102 Jahre alt geworden war, gesagt: Prämierung der Kinderlosigkeit ist unser System.

Was wir zu empfehlen hätten, das ist sicher der Blick in die skandinavischen Länder und in die nordischen Länder, vor allen Dingen auf die französischen Bemühungen, die ja schon seit den 20er Jahren laufen und, wie wir wissen, erfolgreiche Familienpolitik läuft eigentlich mindestens schon ein halbes Jahrhundert, sowohl in Frankreich über ein halbes Jahrhundert und vor allen Dingen in Schweden zum Beispiel und in Skandinavien schon Jahrzehnte. Also diesen Vorlauf braucht es irgendwie. Man hat eine soziale Absicherung nicht nur der Frau, sondern auch der Mutter vor allen Dingen, auch der nicht verheirateten Mutter, das ist ein entscheidender Punkt. Was hinzu kommt, ist dieser extreme Mangel an Betreuungseinrichtungen und

.....

auch mangelnde Bereitschaft der Unternehmen, Frauen flexible Arbeitszeiten zuzugestehen.

Man kann nicht beides, man kann nicht Berufskarriere machen und gleichzeitig in Mutterschaftsfragen sozusagen hängen gelassen werden. Es geht also nicht darum, ewig nur die Kaufkraft der Familie zu stärken, am Ende gar über Lastenausgleich, sondern es geht darum, die Familiengründung zu prämiieren und nicht nur bloß die Eheschließung. Über das Steuerrecht wird Eheschließung nur propagiert, die Familiengründung dann nicht mehr.

Da hat leider Gottes auch mein geliebtes Bayern einen Fehler gemacht, es hat ein Ehestandsdarlehen aufgelegt, aber mit dem Erfolg, dass viele, die trotzdem kinderlos bleiben, mit diesem Ehestandsdarlehen dann irgendwie spekulieren oder es festverzinslich anlegen und dadurch sich dann Weltreisen finanzierten. Das ist eine Dummheit, die man nicht machen sollte. Die Idee wäre besser, und das wurde auch dann oft kritisiert, ein Darlehen zu geben, das man sozusagen, ohne die Freiheit der jungen Paare anzutasten, „abkindern“ statt abzahlen kann. Das wiederum wäre besser, es gibt das nur im Saarland und in einem zweiten Bundesland, sonst eigentlich nicht. Das wäre die einzige Idee. Aber das muss man gleich machen. Ich habe heute Vormittag gesagt, die Wirkungen einer Familienpolitik und Beschäftigungspolitik zeigen sich in 20 Jahren. Also kann ich nicht noch einmal 20 Jahre damit warten. Ich muss mir statt einem 4-Jahres-Rhythmus in der Politik dann doch den 20-Jahres-Rhythmus vor Augen halten.

*Nun hat noch Herr Dr. Becherer das Wort:*

Die Priorität in der steuerlichen Förderung oder Anerkennung ist zweifellos verschoben, wie eben schon gesagt wurde. Hier liegt ja der Schwerpunkt auf der Eheschließung. Die Kinder kommen dabei einfach zu kurz. Und auch die unterschiedliche Behandlung von Alleinerziehenden, Lebensgemeinschaften und Ehen ist meiner Meinung nach hier nicht mehr zeitgemäß, und da sollte doch im Steuerrecht daran gearbeitet werden. Bitte greifen Sie in den Diskussionen auf unsere Verbände zurück, auf unsere berufständischen Einrichtungen und Verbändekammern, die Ihnen gern auch zur Verfügung stehen mit Stellungnahmen zu Entwürfen mit Vorschlägen und sich hier gern einbringen wollen. Das haben wir in letzter Zeit auch schon häufig getan.

Ω

Für ein auf Kinder orientiertes System

Cornelia Pieper  
*MdB und Generalsekretärin der F.D.P.*

Ich bin nicht nur Politikerin, sondern eigentlich auch Freiberuflerin. Ich hatte in Leipzig und in Warschau Polnisch und Russisch studiert, bin Diplom-Sprachmittlerin, gehöre den Kulturberufen an. Die sind ja bei den freien Berufen gleich nach den Ärzten zumindest in den neuen Bundesländern obenan.

Nun möchte ich insgesamt was Positives für die neuen Länder sagen: Das, was die freien Berufe für Arbeits- und Ausbildungsplätze geleistet haben, das wird die Industrie nie nachmachen können. Wir haben hier seit der Wende – so habe ich es dem BFB-Jahresbericht 2001 entnommen – Zuwächse bei Existenzgründung in freien Berufen um 80 Prozent, in den alten Ländern 44 Prozent. Und wir haben die erfreuliche Entwicklung in den neuen Ländern, dass fast jede dritte Existenzgründung, gerade auch im freiberuflichen Bereich, erfolgreich von einer Frau vorgenommen worden ist. Der Bundesdurchschnitt liegt bei jeder vierten Frau. In so ganz typischen Männerdomänen wie den Notaren nehmen die Frauen hier im Osten sogar 60 Prozent ein.

Laut dem letzten Bundesbildungsbericht sind die Freiberufler die einzigen Arbeitgeber in Deutschland, bei denen die Anzahl der Ausbildungsplätze gestiegen ist. Sie haben also dazu beigetragen, dass die jungen Leute hier überhaupt noch eine Zukunft finden. Und das verdient hohe Anerkennung.

An Ihrer Diskussion hat mich gereizt, dass ich die Entwicklung viel drastischer sehe als es hier für den Osten geschildert worden ist. Ich befürchte, dass der Osten so langsam zum Altersheim der Republik wird. Wir haben ja die natürliche Emigrationsbewegung, von der sprachen Sie bereits. Es gibt Zu- und Abwanderung, allerdings haben wir laut dem Statistischen Bundesamt in Wiesbaden allein in den neuen Ländern in 2000 einen Wanderungsverlust von 61.000 Menschen gehabt. Und dieser Wanderungsverlust hat im Vergleich zu 1999 für die neuen Länder um 17.000 zugenommen.

Dann haben Sie zurecht auch betont, es gehen nicht in erster Linie allein junge Männer, es gehen vor allen Dingen viele junge Frauen, und das dann auch zu Lasten der gesamten Reproduktion unserer Gesellschaft. Es werden weniger Kinder geboren. Wobei ich bereits vielen Studien von Bevölkerungswissenschaftlern entnehmen muss, dass wir auf Grund der Überalterung in der Bevölkerung das Phänomen eines Rückganges von jungen Erwerbstätigen, auch von jungen Frauen haben werden.

Ich entnahm hier einem Artikel, die Zahl der Frauen sinkt schneller als die der Männer. Das werde dazu führen, dass sich in sechs bis sieben Jahren zwei Männer um eine Frau bemühen müssen. Das hat

aus meiner Sicht natürlich fatale Auswirkung. Wir werden aufgrund der hohen Überalterung immer weniger junge Frauen haben, die Kinder gebären können. Deshalb können wir auch nicht den Geburtenrückgang durch eine exorbitante Familienpolitik auffangen, zumal ja die Anzahl der jungen Paare auch immer weniger wird bis zum Jahr 2050. Mit einer wünschenswerten besseren Familienpolitik wird sich das Problem der Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2050 also noch lange nicht lösen lassen.

Trotzdem bin ich natürlich dafür, dass man eine bessere Familienpolitik macht. Um da mal zu Herrn Dr. Becherer als Steuerpolitiker zu kommen: Was halten Sie von dem Ehegattensplitting? Ich stelle die These auf, dass dieses Ehegattensplitting ein Steuermodell ist, das in erster Linie kinderlose, staatlich sanktionierte Hausfrauen ehen fördert. Und ich wünsche mir ein Steuersystem, das mehr auf Kinder orientiert ist, also zeitgleich die alleinerziehenden Familien genauso fördert wie die Familien, die in wilder Ehe leben oder die eben verheiratet sind. Ich finde, unser System muss mehr kinderorientiert sein.

Vielleicht noch einmal an Sie meine Frage, Herr Dr. Becherer, ob Sie das auch so sehen, ob Sie da vielleicht auch als Steuerexperte konkrete Vorschläge an die Politik haben.

Ich sehe mit großer Beklemmung die Entwicklung im Osten, darauf wollte ich hinaus. Wir werden ja nicht nur, Herr Professor Schmid, wie im Westen Deutschlands ab dem Jahr 2015 diesen riesigen Fachkräftemangel haben. Der Fachkräftemangel im Osten Deutschlands wird schon ab dem Jahr 2005 einsetzen, habe ich erst gestern in einer Studie vom Wirtschaftsinstitut in Köln gelesen. Das heißt, durch den drastischen Geburtenrückgang, den wir hatten und der sich ja jetzt auswirken wird, auch auf dem Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren, verlieren wir einen Standortvorteil, den die neuen Länder bisher hatten: gut ausgebildete junge Leute, Fachkräfte. Die gehen immer mehr verloren. Wie wollen wir das Defizit den kompensieren?

Da sage ich als Politikerin, wir kommen einfach auch nicht darum herum, die Diskussion ehrlich zu führen. Und da gebe ich dem Herrn Dr. Gröschel recht, wenn er fragt, wie wir ernsthaft zu einer Lohnangleichung, Gebührenangleichung auch bis zum Jahr 2005 kommen. Es gilt eine Perspektive aufzuzeigen, dass durch das Lohngefälle nicht mehr Fachkräfte Richtung Süddeutschland oder in die alten Bundesländer abwandern, sondern dass wirklich die Attraktivität hier für gute Fachkräfte gegeben ist, die hier arbeiten und leben wollen. Ich glaube, das ist unser Hauptproblem.

Lassen Sie mich nur noch ein Problem aufgreifen: Es kann ja wohl nicht angehen, dass eine Bundespolitik dazu beiträgt, dass junge Menschen aus dieser Region abwandern. Mobilitätshilfen werden denjenigen in Höhe von 5.000 Mark bezahlt, die in die alten Bundesländer gehen und sich dort einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz suchen. Wissen Sie, da wünsche ich mir, dass diese 5.000 Mark Mobilitätshilfe lieber hier in die Region in Thüringen, entweder in Lohnkostenzuschüsse gesteckt werden für kleine mittelständische Betriebe oder in irgend einer anderen Art im ersten Arbeitsmarkt, damit betriebliche Ausbildungsplätze oder Arbeitsplätze geschaffen werden. Das wäre sicher eine erste Maßnahme, die die Politik in Angriff nehmen könnte. Aber alles andere halte ich für grundsätzlich falsch.

Zu guter Letzt möchte ich daran erinnern: Kinder gehören zum Reichtum unserer Gesellschaft. Das ist in der alten Bundesrepublik verschlafen worden. Dort wird bis heute nicht akzeptiert, dass junge Menschen ganz einfach Beruf und Familie, Erwerbstätigkeit und Familie miteinander vereinbaren wollen.

Ich nenne nur zwei Zahlen: In ganz Deutschland 2 Prozent Angebote an Ganztagschulen, da kann man zwar sagen, es kostet Geld. Aber das ist nun Mal das Bedürfnis junger Menschen, die eine Familie gründen wollen, dass Kinder auch ganztags betreut werden können.

Im Westen Deutschlands gibt es gerade Mal ein Krippenplatzangebot von 2 Prozent. Ich halte das für ein wirklich dramatisches Problem, wenn Sie sich in anderen europäischen Ländern umgucken wie den skandinavischen oder Frankreich. Da werden Sie ganz andere familienpolitische Vorstellungen erleben und die sind natürlich auch ein bisschen erfolgreicher in der Geburtenplanung. Da können wir vielleicht noch etwas lernen.

# Politik und Wirtschaft gemeinsam gefragt

Dieter Althaus  
*Vorsitzender der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag*

Wir haben vor ein paar Wochen erst bei der LBS gegessen und haben um das Thema Stadtumbau gesprochen. Und es ist vorhin auch deutlich geworden, dass Christian Köckert zum Beispiel den intensiven Dialog hat, weil natürlich diese städteplanerische Perspektive ganz entscheidend ist. Dazu ist es aber wichtig, dass auch die Städte einen Plan haben. Und das ist nicht überall so, auch in Thüringen nicht. Wo das schon ist, liegen allerdings auch sehr gute Lösungen vor.

Ich nehme Mal Leinefelde als Beispiel. Da gelang es inzwischen, ein Stück die DDR-Vergangenheit aufzuarbeiten. Deswegen muss auch Abriss sein und Rückbau, und umgekehrt ist das Umfeld so zu ordnen, dass es auch wieder attraktiv wird. Da gibt es verschiedene Phasen. Deswegen glaube ich auch, das ist gar kein Gegensatz. Es war in der ersten Phase nach der Einheit einfach wichtig, den Leuten auch die Chance zu geben, sich wieder zu entfalten, Eigenheime zu bauen etc. Das brauche ich Ihnen nicht zu sagen, Sie haben das alles selbst mit erlebt und oft mitgestaltet. Und dann gibt es die Phase, sozialen Wohnungsbau zu betreiben. Auch das war sehr wichtig. Es hat natürlich erhebliche Defizite gegeben.

In der jetzigen Phase gilt es die Städte zu revitalisieren. Das heißt, das ist vorhin angesprochen worden, dafür zu sorgen neben den Neubaugebieten auch die Altstädte zu revitalisieren - nicht nur hier in Erfurt, sondern zum Beispiel auch in Altenburg oder anderen Städten. Ronneburg ist ein erhebliches Problem in Thüringen. Also dafür auch Fördermittel bereitzustellen, dass diese Altbausubstanz, die ja häufig Individualeigentum ist, so erneuert wird, dass eine vernünftige Städtebaukonzeption auch erfüllt wird. So ist eigentlich die Ausrichtung innerhalb der Landesregierung. Das ist kein Bruch zu den letzten Jahren, sondern schlicht die Erkenntnis, dass es jetzt wirklich darum geht, die Städte wieder attraktiver im Innenstadtbereich zu machen, so dass auch dort ganz normal Familien wohnen.

Ich will nichts zu den großen Einkaufsmärkten und ähnlichem sagen, weil das ja auch erst Mal notwendig war. Ich meine, man muss die Einzelhandelsunkultur der DDR sehen und wissen, was 1989/1990 war. Das haben Sie alle erlebt und da musste auch erst Mal was entstehen. Und ich meine, jetzt sind wir in der zweiten Phase und Thüringen steht unter den jungen Ländern in allen Kennzahlen zur Zeit auf Platz eins - bis auf die Exportquote, da sind wir auf Platz zwei. Also das muss ja irgendwas auch mit erfolgreicher Politik in den letzten Jahren zu tun haben.

Der Geschäftsführer vom Verband der Wirtschaft Herr Schmidt sitzt mit hier. Wir haben im Landtag eine Enquetekommission gehabt zur Wirtschaftsentwicklung. Da haben Experten, zum Beispiel

aus dem Wirtschaftsinstitut Halle mitgearbeitet, ebenso der Verband der Wirtschaft und die Berufskammern. Die kommen auch zu dem Schluss: Im Bereich der Wirtschaft ist der Strukturwandel erfolgreich abgeschlossen. Und auch da haben wir Phasen durch, die notwendig waren: zuerst Neuentstehungen und Existenzgründung, danach besonders die Stärkung der Unternehmen. Das Durchhalten wurde finanziert. Und jetzt stecken wir in der Phase, in der wir besonderen Wert auf weiteres technologisches Wachstum zu legen haben.

Gleichzeitig müssen wir die Investitionskraft im Land und in den Kommunen halten. Das heißt, eben investieren, zum Beispiel im Bau. Wir haben im Moment etwa immer noch etwa das dreifache Bruttoinlandsproduktwachstum im Bau im Vergleich zu den alten Ländern. Das muss auch noch eine Weile bleiben, dafür muss Geld in die Hand genommen werden. Das Land tut vieles, aber da ist sicherlich auch kommunales, privates Geld und Bundesgeld in den nächsten Jahren weiter wichtig. Deswegen sagen wir auch, dass Investitionen vorgezogen werden müssen, damit wir diesen Angleichungsprozess schneller bewältigen, weil – Sie haben vollkommen recht – junge Leute suchen diese Perspektive.

Wir haben aber gerade beschlossen, zum Beispiel mit Blick auf den öffentlichen Dienst und auch für die Wirtschaft eine Perspektive 2005/2007 zu geben und zu sagen, bis dahin müsste eigentlich die tarifliche Angleichung erfolgen. Nur muss man einfach sehen: Die Wirtschaftskraft muss genauso mitwachsen, weil sonst das ganze eine Rechnung wird, die nicht aufgeht.

Der dritte Bereich, Familienpolitik, da ist viel gesagt worden, was ich hundertprozentig unterstreiche, auch in den Einzelbeispielen, die Sie angesprochen haben. Ich nehme ein Stichwort: generative Leistung. Die muss genauso gleichberechtigt stehen wie die Leistung, die ich in die sozialen Sicherungssysteme über Lohnnebenkosten zahle. Das hat das Bundesverfassungsgericht auch schon längere Zeit beschlossen und von der Politik eingefordert. Das ist aber bisher nicht erfolgt. Sie haben das vorhin auch angesprochen, es muss die generative Leistung - wenn ich Kinder in die Welt setze - genauso gleichberechtigt zum finanziellen Beitrag zum Beispiel für Sozialversicherung gelten.

Das ganze Land familienfreundlich ausgestalten: Das ist ganz unstrittig, da gibt es viele Angebote, aber das Entscheidendste ist, glaube ich wirklich, die Perspektive für junge Frauen zu eröffnen, dass man Familie und Beruf miteinander verbinden kann. Das sind, glaube ich, viele Dinge, die auch die Wirtschaft mit der Politik gemeinsam lösen muss. Denn der Wiedereinstieg ist das Problem.

Die qualifizierten jungen Frauen, die entbinden und vielleicht ein bis zwei Jahre zu Hause bleiben, haben ein Wiedereinstiegsproblem, denn sie müssen ja sicherlich erst einmal den Arbeitsplatz finden. Hinzu kommt als weiteres Wiedereinstiegsproblem, dass sich die Qualifikation ja heute sehr schnell wandelt. Also da sind Wirtschaft und Politik sicherlich gemeinschaftlich gefragt. Dem ganzen Betreuungsangebot, ebenso der Infrastruktur, das ist ganz unstrittig, muss unser Augenmerk gehören. Und da lassen sich die Länder in Deutschland nicht einfach so miteinander vergleichen, da gibt es erhebliche Unterschiede. Wir haben eben die Möglichkeit, Kindergärten überall anzubieten und auch zu vernünftigen Kosten. Wir haben im Bereich der Grundschule durchgängig Hortangebote. In jeder Gemeinde Thüringens, wo Schule ist, können die Eltern den Grundschulhort nutzen oder auch freie Horte. Und es gibt sicherlich an der Stelle auch noch Nachbesserungen, ganz klar. Aber ich glaube, wir haben auch in den letzten Jahren, über die Wende hinweg, etwas weiterentwickelt und neu profiliert, das uns an der Stelle auch einen Standortvorteil bietet.

Insgesamt müssen wir natürlich aus der Politik heraus so einen Gestaltungsprozess auch mit der Gelassenheit begleiten, so, wie Sie vorhin die Gelassenheitskompetenz angesprochen haben. Denn wir müssen ja die Umgestaltung mit den Leuten machen. Wäre 1990 nicht die Währungsunion so schnell beschlossen worden, dann wären die Leute weg gewesen, dahin gegangen, wo die DM schon war.

Und jetzt ist es auch so, dass wir sozusagen die nächsten Weichen schneller stellen, damit die Leute, insbesondere jene, die qualifiziert und jung ausgebildet werden, hier bleiben. Ilmenau ist ein trefendes Beispiel. Fast alle Absolventen von Ilmenau werden derzeit in München oder anderen Städten Deutschlands eingestellt, aber nicht in Thüringen. Also das ist sicher eine der Fragen, die wir zu beantworten haben, und ich biete gerne an, diesen Bericht der Enquete-Kommission auch Mal unter den Freiberuflern zu verteilen. Er enthält eine ganze Reihe erst Mal analytisch auch im Vergleich unter den jungen Ländern und zweitens eine Zusammenstellung von über 40 Empfehlungen, wie wir im Blick auf Wirtschafts- aber auch Bildungspolitik und Kommunalpolitik das Land weiter entwickeln und welche Weichen wir jetzt stellen müssen. Und da gibt es Konsens zwischen Politik und Wirtschaft.

Und meiner Meinung nach ist dieser Weg auch nicht mehr strittig, den wir zu gehen haben. Nur steht die Frage im Raum, wie wir dafür die Schwerpunkte, z. B. beim Landeshaushalt, setzen.

Ganz entscheidend ist, dass wir wieder Unternehmen belohnen und nicht Unternehmer bestrafen. Und hier muss ich wirklich sagen: In den letzten Wochen und Monaten gerieten die Unternehmer in Deutschland in eine Isolationsrolle, so dass sie Investitionen in diesem Lande für sich nicht mehr als sinnvoll ansehen. Deshalb leiden wir auch unter erheblichen Wachstumsproblemen, und das ist natürlich ein Problem insbesondere für junge Länder. Wir haben jetzt noch ein positives Wachstum mit 0,7 bis 0,8 Prozent Bruttoinlandsprodukt, aber das reicht überhaupt nicht, um den Angleichungsprozess mit den alten Ländern zu erreichen. Das ist allenfalls noch dazu gut, dass wir gerade so unsere Einnahmesituation sichern. Es schafft weder neue Arbeit, noch diesen Angleichungsprozess. Deswegen: So viel das Land auch tun kann, die entscheidendsten Rahmenbedingungen für Unternehmer kann zur Zeit nur die Bundesregierung legen. Das muss man ganz klar sagen.

Ω

# Forderungen der Thüringer Freiberufler an die Politik

1. Freie Berufe sind Dienstleistungserbringer. Die absehbare strukturelle Entwicklung weist auf eine überproportionale Steigerung des Dienstleistungssektors und dort auf den wiederum überproportionalen Anteil freiberuflicher Leistungen hin. Dies ist einer der Gründe dafür, warum Freie Berufe von der demografischen Entwicklung in Deutschland im Allgemeinen, und in Thüringen im Besonderen, besonders betroffen sind.
 

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Rezession entstehen durch Überalterung der Bevölkerungsstruktur, Abwanderung gut ausgebildeter junger Menschen und die Gefahr des Zusammenbruchs sozialer Sicherungssysteme in weniger als zehn Jahren besonders in den neuen Bundesländern wirtschaftliche, politische, berufspolitische und soziale Herausforderungen, die Anlass für eine breite gesellschaftliche Diskussion sein müssen.
2. Strukturpolitik muss langfristig sein. Die aus der dramatischen demografischen Entwicklung begründeten Planungen müssen sich über Jahrzehnte erstrecken und damit die Dauer der Legislaturperioden wesentlich überschreiten. Die Kontinuität der Planung muss auch durch beschleunigte Durchführung von Sonderprogrammen in den neuen Ländern ergänzt werden.
3. Der demografischen Entwicklung in Deutschland kann nicht durch Zuwanderung allein begegnet werden, sondern auch durch eine aktive, realistische und sinnvolle Familien- und Geburtenförderung.
 

Die Attraktivität eines Standortes hängt eng damit zusammen, wie berufliche und familiäre Anforderungen in Übereinstimmung gebracht werden können (z. B. durch ein ausreichendes und bezahlbares Angebot von Kindertagesstätten oder Ganztageschulen).
4. Soziale Sicherungssysteme sind weit stärker als bisher zu reformieren. Eigenverantwortlichkeit und Privatinitiative sind stärker als staatliche Fürsorge zu entwickeln.
5. Thüringen braucht urbane Zentren, die Kristallisationskeime wirtschaftlicher Impulse sein müssen. Dies impliziert, Städtebau noch stärker als bisher familienfreundlicher auszurichten.

6. Gebietsreformen müssen sich an der Leistungsfähigkeit und den Kosten der betreffenden Regionen orientieren.  
Entbürokratisierung und Deregulierung sind wichtige Faktoren für Investitionsförderung.
7. Wichtig ist nicht nur Technologieförderung. Erforderlich ist auch die Sicherung in Gefahr geratener Existenzen, die an und für sich zukunftsfähig sind.  
Aufgrund der Unterkapitalisierung des Großteils ostdeutscher Unternehmen sind Fördermittel noch auf lange Sicht erforderlich. Der Zugang zu Landes-, Bundes- und europäischen Fördermitteln ist zu erleichtern.  
Das beträchtliche Entwicklungspotenzial Thüringens ist auszubauen, insbesondere in touristischer, städtebaulicher, kultureller und technologischer Hinsicht. Öffentliche Investitionen seit 1990 dürfen nicht vernachlässigt, sondern müssen entwickelt werden (z. B. Güterverkehrszentrum). Infrastrukturelle Investitionen sind vorzuziehen.
8. Die Bildungspolitik ist an die sich abzeichnende gesellschaftliche Entwicklung anzupassen. Notwendig ist eine solide leistungsfördernde Grundausbildung und eine noch gezieltere, effizientere Begabtenförderung. Die Wissenschafts- und Hochschulpolitik muss dem offiziellen Anspruch Thüringens als potenzielles High-Tech-Land stärker als bisher gerecht werden.
9. Der Einfluss des Landes im Bundesrat auf die Bundesgesetzgebung muss stärker werden, um eine Erhöhung der Effizienz des Steuer- und Förderrechts zu erreichen.
10. Die sich aus der Entwicklung abzeichnenden Probleme sind in nie da gewesener Weise vielschichtig und umfassend. Der Dialog um zukunftsorientierte Lösungsansätze ist systematisch fortzusetzen, auszubauen und zu institutionalisieren, um demografisch begründete Erfordernisse in die richtigen politischen Entscheidungen münden zu lassen.

Ω

## **Impressum**

Herausgeber Landesverband der Freien Berufe Thüringen e.V.

Redaktion Ulrich Oertel

Gestaltung & Satz Daniel Schmidt, Weimar © 2k2

Druck Buch- und Kunstdruckerei Kessler, Weimar

Bei den abgedruckten Texten handelt es sich um die redigierte Mitschrift der Beiträge.

Vervielfältigung oder Speicherung in analogen wie digitalen Systemen bedarf der Absprache mit dem Herausgeber.



**Landesverband der Freien Berufe Thüringen e.V.**

Zum Hospitalgraben 8  
99425 Weimar

T 0 36 43 / 55 98 30  
F 0 36 43 / 55 98 33

@ [Info@LFB-Thuringen.de](mailto:Info@LFB-Thuringen.de)

<http://www.LFB-Thuringen.de>